

Zeitschrift für Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende

1. Quartal 1988, 18. Jg., Nr. 1

# wwl

was uns betrifft

**Thema:**  
**MENSCHEN-  
RECHT ASYL**

**Interview mit**  
**ERICH FRIED**

**Arbeits-  
verweigerung**  
**aus Gewissens-  
gründen**





## Im Blickpunkt:

Arbeitsverweigerer aus Gewissensgründen. Von Werner Schulz..... 4

## Leserbericht:

„Die Russen kommen“  
Sowjetische Delegation diskutiert mit KDVeren ..... 6

Preisrätsel ..... 7

## Kontrovers:

Ziviler Dienst – nach militärischem Maßstab? Die Standpunkte von Ministerialdirigent Dr. Klaus Steinwender und Rechtsanwalt Ulrich Hahn ..... 8

## Originalton:

Wie sollten wir uns gegenüber asylsuchenden Menschen verhalten? Antworten aus der wub-Mini-Umfrage ..... 10

## wub-Thema: Menschenrecht Asyl .. 11

Die Fakten ..... 12

Streit um's Asylrecht: Was sagt die Kirche?

Von Michael Mildenerger ..... 13

Interview mit Erich Fried ..... 14

Als Zivi im Flüchtlingswohnheim.

Von ZDL Andreas Hartmann .... 16

Der Fall: Namrud aus Eritrea.

Von Reinhild Hertlein ..... 17

Vorschläge für eine zukünftige Asylpolitik.

Von Klaus Henning Rosen ..... 18

Briefe an die wub-Redaktion ..... 19

## Unterwegs:

Geheimtip? – Vergissens!  
Wulf Goebel über die Kanaren-Insel La Palma ..... 20

Infos ..... 21

Filmtip von Isolde Mozer:  
„Die Augen der Vögel“ ..... 24

## Buchtips:

„Große Pazifisten von Kant bis Böll“  
„Bunker und Valium“ ..... 25

Rüstzeiten ..... 26

Gedanken ..... 27

## wub-ART:

Marc Chagall, „Der Krieg“ ..... 28

Titelfoto: V. Leduc (UNHCR), Indonesische boat-people



Liebe Leser,  
mit diesem Heft werden viele von Ihnen zum ersten Mal eine Nummer von **wub** in Händen halten. Als Mitarbeiter der evangelischen Zivildienstseelsorge möchten wir Sie mit **wub**

im Zivildienst ein Stück weit begleiten und Verbindungen herstellen, die uns persönlich oft nicht möglich sind.

**wub** erscheint viermal jährlich. Wir wollen darin zum Nach- und Weiterdenken über Gewaltfreiheit und das christliche Friedenszeugnis anregen. Die Hefte informieren über politische und rechtliche Entwicklungen besonders in den Bereichen Kriegsdienstverweigerung – Zivildienst. Nicht zuletzt bemühen wir uns, Zivildienst-Probleme aufzugreifen und Zivi-Erfahrungen oder Tips weiterzugeben. Dabei helfen uns Leser-Reaktionen, „am Ball“ zu bleiben; deshalb sind wir dankbar für alle Rückmeldungen, für Anregungen, Kritik – und auch Zustimmung. . .

Von diesem Heft an bekommen alle evangelischen Zivildienstleistenden **wub** für die Dauer ihres Zivildienstes kostenlos zugeschickt. Eine besondere Anforderung ist nicht erforderlich. Wir freuen uns natürlich auch über Leserinnen und Leser, die unsere Zeitschrift vor oder nach dem Zivildienst oder ganz unabhängig davon abonnieren wollen. Für sie gilt der Bestellzettel auf Seite 26. Ebenfalls auf Seite 26 findet sich eine aktuelle Übersicht über die Rüstzeiten/Werkwochen, die für ZDL in den einzelnen Landeskirchen angeboten werden. Sie bieten Gelegenheit zur Begegnung mit anderen ZDL und zum Austausch über Themen, wie sie z. B. **wub** anspricht. Für die Veranstaltungen gibt es Sonderurlaub. – Auch außerhalb der Rüstzeiten sind im Blick auf Fragen, Probleme, Informationen die landeskirchlichen Beauftragten für KDV und Zivildienst ansprechbar. Adressen, soweit nicht auf Seite 26 aufgeführt, gibt die Redaktion gern weiter.

Ich wünsche Ihnen alles Gute für einen Zivildienst, der mehr ist als „keine Bundeswehr“, und hoffe, daß möglichst viele von Ihnen sagen können: „**wub** bringt zur Sprache, was uns betrifft.“

Herzliche Grüße an alle alten und neuen Leser  
Ihr/Euer

*Friedhelm Schneider*

Friedhelm Schneider, KDV-Beauftragter der Ev. Kirche der Pfalz und leitender wub-Redakteur.

# IMPRESSUM

**wub** (was uns betrifft) ist die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge.  
Herausgeber: Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK)  
Verleger: Trägerverein EAK e. V., Carl-Schurz-Str. 17, 2800 Bremen 1  
Redaktion: Pfarrer Friedhelm Schneider (leitender Redakteur), Werner Schulz (verantwortlicher Redakteur)  
Redaktionsanschrift: wub-Redaktion, Werner Schulz, Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1, Tel.: (07 11) 62 82 14  
Vertrieb: Büro Pfarrer Schlüter, Kartäusergasse 9, 5000 Köln 1, Tel. (02 21) 32 24 00. Konto: Pfarrer Schlüter, Sonderkonto wub, Bank für Kirche und Diakonie, Duisburg, (BLZ 350 601 90) Konto-Nr. 30 529  
Die Mitarbeit interessierter Leser (insbesondere von KDV und ZDL) durch Artikel, Leserbriefe, Photos, Karikaturen u. ä. ist erwünscht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung der Redaktion. Besprechung unverlangt zugesandter Bücher und Schallplatten kann nicht garantiert werden.  
Das Jahresabonnement (z. Zt. 4 Hefte einschl. Versand) kostet DM 10,-. Abonnement-Bestellungen bitte nur mit dem Bestellabschnitt auf Seite 26. Bei Umzug bitte Nachricht an den Vertrieb mit alter und neuer Adresse.  
Gesamtherstellung und Layout: windhueter kollektiv, Heinkelstr. 27, 7060 Schorndorf  
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion (wird gern erteilt).  
Von einzelnen Beiträgen oder Ausschnitten von ihnen dürfen Kopien für den persönlichen und sonstigen Gebrauch hergestellt werden. Auflage: 40000



## Nachlex

### wub berichtete...

... in Nr. 3/87 („Kontrovers“) über den Streit anlässlich der Aufstellung des ersten deutschen „Denkmals für den unbekannt Deserteur“ in Bremen. Initiator war die Gruppe „Reservisten verweigern sich“. Inzwischen sind zwei weitere Mahnmale zu Ehren der Deserteure aufgestellt worden: in München und in Darmstadt. Das Münchner Denkmal (Foto)

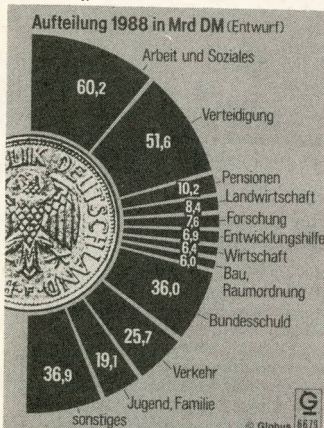


Foto: ap

## Zahlen

### 8 Milliarden Dollar verschrotten

Fast 8 Milliarden Dollar haben die USA für die Entwicklung und Stationierung jener Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles ausgegeben, die nach dem Abschluß des Abrüstungsabkommens mit der UdSSR jetzt verschrottet werden müssen. Das hat der US-Rüstungsexperte William M. Arkin in der Zeitschrift „Bulletin of the Atomic Scientists“ errechnet.



Bundshaushalt 1988

soll seinen Aufstellungsort am Kulturzentrum 'Gasteig' finden, wo früher der Bürgerbräukeller lag. Die Plastik aus Bronze und Stein stammt von Stefan Reiszitz und stellt einen symbolisierten römischen Feldherrn dar, vor dem Soldaten in die Tiefe stürzen.

Initiiert wurde das Denkmal von der „Spätverweigerer-Gruppe München“. (Kontakt: Rudi Seibt, Gott-helfstr. 77, 8000 München 80)

### Mehr als 2000 KDVer in Haft

In Westeuropa sind nach Angaben der DFG/VK mehr als 2000 KDVer im Knast. Weltweit seien mehr als 100 000 Menschen im Gefängnis, weil sie den Kriegsdienst mit der Waffe ablehnen.

### 40 000 Kinder sterben pro Tag

Jeden Tag sterben weltweit 40 000 Kinder. Dabei wäre die häufigste Todesursache, der Durchfall, leicht zu bekämpfen: Mit einem Gemisch aus Zucker, Salz und Wasser. Aber Eltern in der „Dritten Welt“ ist diese einfache Therapie oft unbekannt, und ärztliche Hilfe ist weit. Darauf machte das deutsche Komitee des UN-Kinderhilfswerk UNICEF aus Anlaß des Weltkindertages 1987 aufmerksam. Die Rate der Säuglingssterblichkeit in 16 afrikanischen, acht lateinamerikanischen und vier asiatischen Ländern sei heute höher als Ende der siebziger Jahre. UNICEF räumt der Bekämpfung von Austrocknung bei Durchfallerkrankungen und Schutzimpfungen die höchste Priorität ein.

## Trends

### Ost-West-Schülertest

(FR) 5500 Schüler aus der Sowjetunion und aus den USA wurden von Soziologen der beiden Supermächte im Herbst 86 zu den Themen Rüstung, Krieg und Frieden befragt. Inzwischen wurden die Ergebnisse ausgewertet. Interessant ist z. B. die Gegenüberstellung einer Problemliste, auf der die Schüler ankreuzen sollten, welche Probleme sie am meisten bewegen:

#### UdSSR

1. Atomkrieg; der Tod von Vater und Mutter
2. Ein Unfall in einem Kernkraftwerk
3. Der Hunger auf der Welt
4. Umweltverschmutzung
5. Krankheit und Unglück

#### USA

1. Wie UdSSR
2. Schlechte Zensuren
3. Wie UdSSR
4. Die Unmöglichkeit, später eine geeignete Arbeit zu finden
5. Die Wahrscheinlichkeit des Todes

Die Umfragen sollen fortgesetzt werden. Künftig wollen die Soziologen Feindbilder und Vorstellungen der jungen Leute über das jeweils andere Land testen.



### Mennoniten fordern Friedenssteuergesetz

Der Verband deutscher Mennonitengemeinden, ein Zusammenschluß von 22 Gemeinden friedenskirchlicher Tradition, fordert die Bundestagsabgeordneten aller Parteien auf, einen Gesetzentwurf zu unterstützen, der es dem Steuerzahler ermöglicht, den „Verteidigungsanteil“ seiner Einkommensteuer einem Friedensfond zufließen zu lassen.

Der Brief an die Abgeordneten weist hin auf die Wissensnot derer, die keinen wesentlichen Unterschied darin sehen, ob sie nun eigenhändig Kriegsdienst leisten oder diesen „nur“ finanzieren. In der mennonitischen Geschichte habe die Kriegsdienstverweigerung aus Glaubens- und Gewissensgründen eine zentrale Rolle gespielt. Schon im 16. Jahrhundert hätten Gruppen auch Kriegssteuern verweigert. Heute gebe es viele Kriegssteuerverweigerer und eine lebhaft Diskussion darüber in den USA. Auch Gemeindegliedern des Verbandes stelle sich die Frage, wie sie die Nachfolge Jesu und sein Gebot der Feindesliebe mit der dem potentiellen Gegner oder Feind durch ihre Steuern angedrohten Vernichtung vereinbaren sollen.

Darum sei es auch in der Frage der Kriegssteuerverweigerung notwendig, durch eine großzügige gesetzliche Regelung der in Artikel 4 Grundgesetz garantierten Glaubens- und Gewissensfreiheit Geltung zu verschaffen. (DMFK)

Zum Foto: Beim Washingtoner Gipfel 87: Sowjetische und amerikanische Kinder wollen mit Reagan und Gorbatschow sprechen. Foto: dpa

### Wieder mehr KDVerträge

Die Zahl der KDVerträge hat sich im vergangenen Jahr weiter erhöht. Nach Angaben des Bundesbeauftragten für den Zivildienst, Peter Hintze, wurden 1987 63 073 Anträge auf KDV gestellt. 1986: 58 964, 1985: 54 252. Wie Hintze weiter mit-

teilte, hat die Bundesregierung auf der Kabinettsitzung am 13.1.88 beschlossen, das derzeitige Anerkennungsverfahren auch über das Jahr 1990 hinaus fortzuschreiben. Dazu muß ein Gesetz vorgelegt werden.



## Arbeitsverweigerung aus Gewissensgründen

Von Werner Schulz

Mütter, Ärzte, Dichter, Pfarrer, Richter, Schneider ... Menschen aus allen Berufsgruppen wurden von Wolfgang Borchert in seinem bekannten Gedicht ange-mahnt, ihrem Gewissen zu folgen und jeden Befehl zur Arbeit für einen neuen Krieg zu verweigern.

„Dann gibt es nur eins: Sag NEIN!“ (Aus-züge s. Kasten)

Auch ohne Befehle können Arbeitsauf-träge Menschen in ihrem Beruf in Gewis-sensnot bringen, und nichtimmer geht es dabei um Arbeiten für einen möglichen Krieg. Einige Fälle von „Arbeitsverweigerung aus Gewissensgründen“ sind be-kannt geworden. Der Protest des Gewis-sens vieler Tausender, die einfach laut-los gekündigt haben oder aus Angst vor Arbeitslosigkeit den inneren Kampf tag-täglich aufs Neue führen, bleibt unsicht-bar.



Arbeitsrichter werden die Gewissensfrage entscheiden: Muß eine Lufthansa-Crew abgewiesene Asylbewerber ausfliegen?

Foto: dpa

### Fall 1: „Du. Mann an der Maschine ...“

Der Mann heißt Dieter Schlichting, er arbeitet an einer Druckmaschine. „Ganz normale Aufträge“ hatte der gelernte Drucker in der Firma Nord-Offset in Ellerbek bei Hamburg ausgeführt. Bis zu jenem 2. November 1981. Was er da nach dem Andruck der Bogen in Händen hielt, das war für den KDVer und Mitglied in der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) dann doch nicht mehr normal. Der Prospekt eines „Hamburger Verlags für geschichtliche Dokumentation“ sollte das werden, Werbung für 12 Bücher über „Deutschlands erregendste Zeit“, Herrliches über „die Soldaten der letzten Stunde“, über die „Erfolge“ der Kampfflieger („Klotzen, nicht kleckern hieß die Devise.“) Da gab's also für den Mann an der Druckmaschine nur eins? Dieter Schlichting ist ehrlich: Wie er einer Journalistin der „ZEIT“ erzählt, ist er minutenlang um die Druckmaschine herumgeschlichen. „Sieht doch keiner, wenn Du das druckst“, hat er am Anfang bei sich gedacht. Dann schließlich hat er sich doch entschlossen „das Zeug nicht zu drucken“, protestiert beim Betriebsleiter und darf erstmal an eine andere Maschine. Am nächsten Tag das gleiche Spiel. Derselbe „Geschichtsverlag“, wieder Werbung, diesmal werden Originalreden von Adolf Hitler dem Kunden mit der rechten Gesinnung als Gratiszugabe versprochen. Das sei „geistige Wegbereitung für Neonazis“, argumentiert der KDVer, er wolle es abermals nicht drucken, sein Gewissen verbiete es ihm. Und da gab's dann allerdings für die Betriebsleitung nur eins:

die fristlose Kündigung nämlich, wegen „Arbeitsverweigerung“. Mit Unterstützung der IG Druck und Papier zog Dieter Schlichting vor Gericht. Mehr als 3 Jahre ging der Gerichtsstreit hin und her, bis endlich das Bundesarbeitsgericht (BAG) in Kassel am 20.12.84 verkündete, daß der Drucker zu-recht „nein“ sagen durfte.

Die Kündigung wurde zurückgewiesen. Das Gericht bezog sich dabei auf ein Urteil des BAG von 1960. Damals wurde in einem ähnlichen Fall entschieden: Niemand könne verpflichtet werden, „für eine Zeitschrift, die den freiheitlich demokratischen Rechtsstaat angreift oder das blutbefleckte Gewalt- und Unrechtsregime des Nazismus verherrlicht oder verharmlost, auch nur im geringsten tätig zu werden. Ein Arbeitnehmer hat bei einem derartigen Verlangen des Arbeitgebers das Recht und auch die Pflicht, eine solche Tätigkeit abzulehnen.“

Außerdem stellte das BAG im Fall Schlichting fest, daß die Werbefläche den Krieg tatsächlich „verharmlost und verherrlicht“ hätten und daß der Gewissenskonflikt durch die Betriebsleitung vermeidbar gewesen wäre: es standen andere Aufträge und andere Maschinen zur Verfügung.

Obwohl dieses letztinstanzliche Urteil dem „Arbeitsverweigerer“ in allen Punkten Recht gibt, will die Firma den Drucker Dieter Schlichting unbedingt loswerden.

Im August 87 wird ihm erneut gekündigt, aus „betrieblichen Gründen“, wie es diesmal heißt. „Ein Skandal“, empört sich die IG Druck und Papier. Der Rechtsstreit geht nunmehr ins 8. Jahr.

### Fall 2: „Du. Forscher im Laboratorium ...“

Das Labor gehört zum britischen Pharma-konzern Beecham, genauer zur Neusser Tochterfirma Beecham-Wülfling GmbH & Co. KG. Geforscht wurde und wird an einem Medikament mit der internen Bezeichnung BRL 43694, ein sogenanntes Anti-Emetikum, Arznei, die gegen Migräne, Seekrankheit und Nebenwirkungen einer bestimmten Krebs-Therapie wirken soll.

So weit, so gut, nur: Man hatte herausgefunden, so quasi ganz nebenbei, daß durch dieses Mittel auch jene Symptome der Übelkeit und des Erbrechens gelindert werden könnten, die dann auftreten, wenn Menschen - etwa Soldaten in einem Atomkrieg - sehr hohen Strahlendosen ausgesetzt sind. In einem vertraulichen Papier über akute Strahlenwirkungen rechne das Innenministerium - so die „taz“ - bei einer Ganzkörperbelastung von 300 rem mit „zirka 20% Todesfällen“, jedoch erkrankten „alle bestrahlten Personen zunächst mit Übelkeit und Erbrechen“. Gegen diese sogenannte „Strahlenkrankheit“ käme den Militärstrategen so ein „Anti-Kotz-Mittel“ wie BRL 43694 gerade recht. Und was den Planern in Uniform billig ist, das ließe sich ein Pharma-konzern natürlich nicht ungern teuer bezahlen: Dreieinhalb Millionen NATO-Kampfanzugstaschen, und alle 3 Jahre ist das Verfallsdatum überschritten - wenn das kein Markt ist?

Anfang 1987 hieß es dann bei Beecham: Die Entwicklung von BRL 43694 hat „die höchste Priorität weltweit“. Von einem „huge market“, einem „riesigen Markt bei



NATO-Soldaten“ war unter den Managern die Rede.

Die Forscher im Laboratorium, die an der Entwicklung des neuen Medikaments maßgeblich beteiligt waren, heißen Dr. Brigitte Ludwig, Dr. Bernd Richter und Dr. Norbert Neumann. Als sie Mitte 1980 von den nato-oliven Träumen ihrer Konzern-Manager Kenntnis erhielten, sagten sie nein zur weiteren Forschung an besagtem Medikament. Aus Gewissensgründen müßten sie die Bearbeitung der Substanz BRL ablehnen. Bernd Richter: „Da können wir nicht mitmachen. Wir können nicht an der Erforschung eines Medikaments teilhaben, dessen Anwendung den Sinn unseres ärztlichen Tuns pervertiert.“ Die Reaktion der Firmenleitung: Kündigung wegen „Arbeitsverweigerung“. Auch die Ärzte haben versucht, dagegen Klage beim Arbeitsgericht einzulegen. Bisher aber ohne Erfolg. „Die Kündigung“, so das Urteil in erster Instanz, „ist aus verhaltensbedingten Gründen gerechtfertigt“. Zitat aus der Urteilsbegründung: „Es kann hier keine Rolle spielen, daß nach Auffassung des Klägers die Entwicklung dieser Substanz einen nuklearen Krieg denkbarer erscheinen läßt.“ Gegen dieses Urteil wurde der Widerspruch zugelassen. Das Verfahren läuft.



Vom Pharma-Konzern gefeuert: Dr. Brigitte Ludwig und Dr. Bernd Richter. Arbeitsgericht: „Die subjektiven Moralvorstellungen des einzelnen sind nicht maßgebend.“ Foto: Media-Service

### Fall 3: „Du. Pilot auf dem Flugfeld ...“

Flughafen Frankfurt. Mit Lufthansa-Maschinen werden abgelehnte oder aus Drittländern eingereiste Asylbewerber gegen ihren Willen ausgeflogen. Erschütternde Szenen spielen sich ab. Ein Mitarbeiter des ÖTV-Flughafen-Büros zu wub: „Die sind zum Teil mit Medikamenten ruhiggestellt oder von der Polizei in die Maschinen geprügelt worden.“ Muß die Besatzung eines Lufthansa-Flugzeuges so etwas mitspielen? Zwingt die Unterschrift unter den Arbeitsvertrag das Bordpersonal dazu – gegen die eigene Überzeugung, gegen das eigene Gewissen – abgewiesene Flüchtlinge womöglich zurück in die Hände der Folterknechte zu fliegen?

25 Piloten, Stewardessen und Bordingenieure, in der ÖTV organisiert, wollen diese Fragen durch eine Feststellungsklage vor dem Frankfurter Arbeitsgericht klären lassen. Ihre Proteste beim Arbeitgeber, der Deutschen Lufthansa, blieben bisher erfolglos: „Die Lufthansa behauptet, sie sei verpflichtet, diese Flüge durchzuführen.“

Die Lufthansa ist aber ein privates Unternehmen, und es steht nirgends, daß eine Fluggesellschaft derartiges tun muß“, so ÖTV-Sprecher Rose. In der inzwischen vorbereiteten Klageschrift wollen sich die Lufthansa-Angestellten auf das Drucker-Urteil des BAG berufen, wengleich es ihnen nicht nur um den Schutz ihres eigenen Gewissens geht. „Die Rechtsprechung, die wir durch die Feststellungsklage erhalten werden, ist eigentlich eine nachrangige Sache, sozusagen das Medium für unser Hauptinteresse, nämlich das Anliegen, das Schicksal der Asylanten in die Öffentlichkeit zu bringen.“ Konkret ihre Mitarbeit verweigert haben die Lufthansa-Leute bisher noch nicht. Man wartet vorerst die Reaktionen auf die Feststellungsklage ab, will keine Kündigung riskieren.

Die Liste der bekannt gewordenen „gewissenhaften Arbeitsverweigerer“ ließe sich fortsetzen: Ärzte/innen verweigern Abtreibungen aus Gewissensgründen, ein Pfarrer eine Trauung in Uniform, Arbeitslose verweigern die Annahme von Stellen, die vom Arbeitsamt vermittelt wurden und mit Rüstung oder Militär zu tun haben, Sozialarbeiter die Teilnahme an Wintex-Cimex-Übungen (Kündigungsandrohungen! siehe wub 2/87), oder auch die Inhaber einer kleinen Firma, alle Zeugen Jehovas, die Befolgung des Einberufungsbescheides ihrer Lastwagen für den Fall des Ernstfalls (zurückgewiesen).

### Gericht: Man kann den „Kriegsdienst ohne Waffe“ nicht verweigern.

Wann wird denn nun in der Rechtsprechung durch die Gerichte ein Arbeitsverweigerer als Gewissenstäter anerkannt und wann nicht? Entscheidend ist immer die Konstellation im konkreten Einzelfall, dennoch gibt es einige Kriterien, die durchgängig von Bedeutung sind, z. B.:

1. Die Frage: War der Gewissenskonflikt vorhersehbar? Wer bei Heckler & Koch z. B. einsteigt, der weiß von Anfang an, daß man dort Gewehre herstellt. Nach Auskunft des Betriebsrates in Oberndorf sind dort daher auch „Fälle von Arbeitsverweigerung aus Gewissensgründen nicht bekannt“. Aber auch die erwähnten Ärzte aus der Pharmaforschung hätten nach Meinung des Arbeitsgerichts Mönchengladbach vorhersehen müssen, daß ihre Produkte auch für Soldaten und im Verteidigungsfall eingesetzt werden können.

2. Die Anweisung eines Arbeitsauftrages (Direktionsrecht des Arbeitgebers) hat entsprechend der Rechtsprechung „nach billigem Ermessen“ zu erfolgen. Im Falle des Druckers z. B. standen der Druckerei andere Aufträge und andere Maschinen zur Verfügung, der Konflikt wäre leicht zu umgehen gewesen.

3. Kein Arbeitnehmer muß Tätigkeiten ausführen, die nicht im Rahmen seines Arbeitsvertrages liegen. Darauf berufen sich auch die Sozialarbeiter im Landratsamt Lindau, die sich gegen eine Teilnahme am Wintex-Cimex-Planspiel wehren. Gerichtsurteile zu diesen Fällen liegen bisher nicht vor. Es wird aber nach wie vor behauptet, diese NATO-Übungen seien rein ziviler Natur, und es werden auch weiterhin anerkannte KDVer zu diesen Übungen herangezogen (ZDLs nicht mehr!), denn: Nach Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bezieht sich Art. 4/3 GG nur auf den Kriegsdienst mit der Waffe.

Dieselbe Argumentation der Juristen bekommen auch all jene zu hören, die aus Gewissensgründen die Mitfinanzierung der militärischen Verteidigungsausgaben durch ihre Steuerzahlungen verweigern wollen, auch wenn diese freiberuflich arbeitenden Menschen ihre Steuern auf Sperrkonten überweisen. Das Finanzgericht Baden-Württemberg im Urteil zum Fall einer Steuerverweigerin aus Stuttgart, die als Psychotherapeutin arbeitet: „Art. 4 Abs. 3 GG erkennt nur eine Gewissensentscheidung an, die den „Kriegsdienst mit der Waffe“ ablehnt. Weder aus Art. 4 Abs. 3 noch aus Art. 4 Abs. 1 GG läßt sich ein Verbot des Zwanges zum Kriegsdienst „ohne Waffe“ ableiten.“

Es ist also nicht einfach für einen „Normalbürger“, sich im Arbeitsleben auf Gewissen und Moral zu berufen. Leichter haben's da schon unsere Abgeordneten im Bundestag. Art. 38 (1) GG: „Die Abgeordneten ... sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.“ Ob sie's wohl zu schätzen wissen?

### Wolfgang Borchert (1921 – 1947) DANN GIBT ES NUR EINS! (Auszüge)

Du. Mann an der Maschine und Mann in der Werkstatt. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst keine Wasserohre und keine Kochtöpfe mehr machen – sondern Stahlhelme und Maschinengewehre, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Du. Forscher im Laboratorium. Wenn sie dir morgen befahlen, du sollst einen neuen Tod erfinden gegen das alte Leben, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Du. Arzt am Krankenbett. Wenn sie dir morgen befahlen, du sollst die Männer kriegstauglich schreiben, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Du. Pfarrer auf der Kanzel. Wenn sie dir morgen befahlen, du sollst den Mord segnen und den Krieg heilig sprechen, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Du. Pilot auf dem Flugfeld. Wenn sie dir morgen befahlen, du sollst Bomben und Phosphor über die Städte tragen, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Du. Mann auf dem Dorf und Mann in der Stadt. Wenn sie morgen kommen und dir den Gestellungsbefehl bringen, dann gibt es nur eins:

Sag NEIN!

(1947)



## „Die Russen kommen!“

### Sowjetische Delegation diskutiert mit KDVeren.

Diesmal kamen sie wirklich: Spitzenfunktionäre der russischen Jugendarbeit, zu einem Diskussionsabstecher mit real existierenden KDVeren aus der Bundesrepublik.

Sie kamen (natürlich) konventionell: mit Flugticket und Reisekoffer. Keine Vorher- oder Vorab-Rüstung hatte sie an den Gesprächstisch gezwungen – die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend hatte ganz einfach freundlich zu einem Gegenbesuch eingeladen.

Und sie kamen gut an: Ein offen und freundschaftlich geführtes Gespräch, ein unspektakulärer Gipfel der „kleinen Ereignisse“, just an jenem Abend, an dem das „große Ereignis“, der Washingtoner Gipfel, zu Ende ging.

Drei Teilnehmer dieser außergewöhnlichen Premiere berichten:

Auf welche Weise die Sache eigentlich zustande kam – Beziehungen oder „nur“ Glücksfälle –, konnte keiner genau sagen, jedenfalls hatten wir (20 Zivis) auf unserem Einführungslehrgang in Pforzheim-Hohenwart als kleines Extra die Möglichkeit, einen Abend lang mit einer Spitzendelegation des KMO zu diskutieren, die zu einem Gegenbesuch bei der aej in der Bundesrepublik war.

Da das wohl (typischerweise) den wenigsten etwas sagt: Das KMO ist der Zentralverband der sowjetischen Jugendorganisationen und u. a. für internationale Kontakte zuständig. (Die aej ist die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in der Bundesrepublik e.V.) Irgendwie waren wir schon gespannt, denn mangels eigener Erfahrungen entsteht ja doch schnell ein von Klischees geprägtes Bild – jedenfalls waren wir von den dreien (der jungen stellvertretenden Vorsitzenden des KMO, Natalja Morozkina und zwei anderen „hohen Tieren“, von denen einer den Dolmetscher machte) ganz angetan. Nach kurzer anfänglicher Befangenheit (und zwar auf unserer Seite) herrschte dann – mit dem obligatorischen Bier bei den Zivis und Saft bzw. Wein bei den Sowjets – bald eine angenehm lockere Atmosphäre (Dolmetscher: „Na dann schießt mal los...“ – Zivi: „Irrtum, das tun wir eben gerade nicht!“). Die anschließende Diskussion war immerhin zwei Stunden lang, wobei alles natürlich erst übersetzt werden mußte. Nachdem wir kurz von unseren Beweggründen, den Kriegsdienst zu verweigern und unseren Einsatzbereichen in der Altenhilfe erzählt hatten, wollten wir natürlich u. a. wissen, welche Auswirkungen die Politik Gorbatschows auf die Jugend in der Sowjetunion hat:



Die Stimmung war locker.

Fotos: Schulz

Die Fehler seien erkannt, das Ziel sei klar, jetzt sei die Zeit, den Worten Taten folgen zu lassen, hieß es. Als Novum müsse bei dieser Umsetzung jeder einzelne mitverantwortlich sein. Die Stimmung sei die einer allgemeinen Gesundung, die soziale Aktivität der Jugend nehme zu.



Die russischen Gäste bei der Diskussion mit den KDVeren.

Auch bei heiklen Themen, wie z. B. Kriegsdienstverweigerung in der UdSSR, erhielten wir offene Antworten: bei „wirklichen“ Gewissensgründen (was auch immer als solche gelten mögen) ist ein waffenloser Dienst in Uniform möglich; das bedeutet Earnarbeit oder ähnliches. Einen dem unsrigen vergleichbaren Zivildienst gibt es „eventuell als Perspektive“ (?). Auch wenn zu den Antworten oft weit ausgeholt werden mußte, mußten wir nie den Eindruck haben, daß die Sowjets uns ausweichen wollten, oder einfach vorformulierte Phrasen abließen.

Auffallend, wie oft Beispiele aus der Geschichte verwendet wurden: das

Trauma des Zweiten Weltkriegs scheint in der UdSSR doch tiefer zu sitzen, als wir annehmen. Für einen Russen vollzieht sich die Begegnung mit einem Deutschen immer noch vor dem Hintergrund von 20 Millionen in deutschem Namen getöteten Sowjetbürgern. In dieser Hinsicht ist ein bißchen Sensibilität sicher angebracht; und gerade solche kleinen Signale werden „drüben“ durchaus registriert und positiv aufgenommen.

Fazit: Es war natürlich keine detaillierte Diskussion, die wir geführt haben – das wäre in der vorhandenen Zeit auch gar nicht möglich gewesen. Viel wichtiger war unserer Meinung nach sowieso das persönliche Näherkommen im Gespräch; als solche vertrauensbildende Maßnahme war der Abend eigentlich gedacht, und das ist wohl auch gelungen.

Unseren Gästen jedenfalls hat es offenbar gefallen, vor den offiziellen Gesprächen in Stuttgart und Bonn erstmal Kontakt zur „real existierenden Jugend“ (Originalton Natalja) zu haben. Alles in allem war der Abend wohl für die meisten von uns lohnenswert und hat Interesse für die deutsch-sowjetischen Beziehungen geweckt. Es wäre jetzt natürlich eine feine Sache, gemäß dem Schlußwort der russischen Delegation „Funktionäre weg – Basis an die Arbeit!“ mal mit sowjetischen Jugendlichen zusammzukommen, denn mit Austauschen sieht es ja im Augenblick (hoffentlich „noch“) nicht so rosig aus.

Doch der schwierige erste Schritt ist gemacht, und einer von den darauffolgenden kleinen war dieses Gespräch sicherlich.

ZDL Michael Böhmig  
ZDL Markus Korhummel  
ZDL Markus Lauer, Pforzheim



Herkunft	gesetzl. Form d. Humanität (Mz.)	Gegensatz zu Bonus	Peiztier	ind. Zigarettenherstellung	23	par. Philosph	phys. Erscheinung	ein Ziel der Sozialpolitik
27	10		Gesprächsstoff	ABK für ein europ. Land		mit Orden	(Abk.)	30
neben KDV umstrittenes Grundrecht	Teil des Getreides (Mz.)			am Ende seines Wissens	2		franz.: Ost	
					5		Abk. für „Kanton“	südd. Großstadt (Kfz.-Kz)
polit. Partei (Abk.)	11		engl.: „ich“	Himmelsrichtung (Abk.)			Luftbewegung	13
bibl. Gebetsruf			32				chem. Zeichen f. Radon	9
							franz.: Mittag	„Echt atzend!“ Toll!
Schwung	engl. „auf“	<b>wub</b> was uns betrifft <b>Rätsel</b> Gesucht ist ein neutestamentlicher Ratschlag zur Asylproblematik, also zum Thema dieser wub.			1/88			
lat. „für“						russischer Herrscher		
							Lebewesen	
sem. „Sohn“ früher	Ordnungszahl (weibl.)						Aufforderung zum Lutholth.	Sprengstoffeinheit
12			Werkzeug des Friseurs mit ver-schlossenen Augen	Prahler		engl. „links“		
				einfarbig		Blumen		
							etwas machen	17
Energieausbreitung							Unverbrauchtes	
Kreisstadt östl. v. Stuttgart								14
							Bibelteil (Abk.)	
Abk. für Doktor der Theologie				menschl. Organ				33
Asylsuchender							griech.: Gedächtnis, Erinnerung	Maßeinheit (Abk.)
Märchengestalt	18			franz.: „die“ (Mz.)	Pflanze			Körper
Spielzeug							europ. Großherzogtum (Abk.)	
				Religionslehrer (Abk.)	Blutbahnen		europ. Land (Kfz.-Kz.)	
				Stadt im Vogtland				1
								7
								31
Mädchenname							Parlamentarier (Abk.)	
							Klosterfrau	
engl.: können	26			Hälfte der Menschheit				
				Abk. f. United Kingdom				nationale Erscheinungsform
Stadt in Schleswig-Holstein	29							6
Trinkgeschirr (Mz.)	8							25
								engl.: essen
								Bereich der Triebe (nach Freud)
Kfz.-Kz. f. Minden				DDR-Nachrichtens-agentur (Abk.)	engl.: Bett	Ev. Arbeitnehmerschaft (Abk.)		Bibelteil (Abk.)
						sehr		Abk. f. geschichtl. Epoche
								Mangeisituation
				Abk. f. im Ruhestand				15
				Sonderformen				19
				Umlaut				Neckerei
nicht hoch (in Zusammenhang mit Verben)								22
auf dessen Boden sollten alle stehen	4							28
								Abk. f. Elektrizität
								Kurvenform
								engl.: aus

Lösung des wub-Preisrätsels 4/87:

Ruhrkampf	1923
plus Prag	1968 - 3891
geteilt durch Soldgruppe	3 - 1297
plus ZD ab 1.6.89	24 - 1321
plus Art. GG	4 - 1325
geteilt durch Bundeskanzler	5 - 265
plus Vertrauensmänner	5 - 270
geteilt durch Entlassungsurlaub	3 - 90
plus Essensgeld	10 - 100
minus Tempo	100
ergibt die Jahreszahl:	0

Die gesuchte Person war also: Jesus von Nazareth.

Die Gewinner des 1. - 5. Preises („Soziale Verteidigung“ von Gernot Jochheim) sind:

1. Felix Duffner, Furtwangen
2. Hartmut Siegel, Crailsheim
3. Chr. Edler, Bordsesholm
4. Rainer Polkowski, VS-Villingen
5. Gerd Ritter, Oberasbach

Die Gewinner der wub-Freiabos (6. - 10. Preis) werden von uns schriftlich benachrichtigt. Herzlichen Glückwunsch und viel Spaß beim Lesen!

Auch allen, die leider nicht gewonnen haben, danken wir für's Mitmachen. Auch diesmal gibt's wieder tolle Preise zu gewinnen! Also mitmachen, Lösungssatz auf Postkarte schreiben und unter lesbarer Absenderangabe an

Redaktion wub - Werner Schulz  
Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1  
schicken.

Einsendeschluß ist der 15.4.1988 (Poststempel).

Unter den richtigen Einsendungen werden diesmal (unter Ausschluß des Rechtsweges) folgende Preise verlost:

1. Preis: Ein Super-Tourenrucksack
2. Preis: „Platz zum Leben gesucht“. Das Lesebuch Asyl
3. Preis: Rajewski/Riesenerger: Wider den Krieg - Große Pazifisten von Kant bis Böll
4. - 10. Preis: Erich Fried: Vorübungen für Wunder - Gedichte vom Zorn und von der Liebe
11. - 20. Preis: je ein wub-Freiabo für das erste Jahre nach dem Zivildienst.

Lösung

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27
28	29	30	31	32	33								

Was ich noch zu sagen hätte:

Ausschneiden und auf Postkarte kleben!



# Kon tro vers

## Der Militärdienst ist der Maßstab!

Auszüge aus dem Referat  
von Dr. Klaus Steinwender\*

### Ziviler Dienst – nach militärischem Maßstab?

### Zivildienst – was soll's?

Bei dieser Frage haben sich ja schon Generationen von ZDLs in die Haare gekriegt: Was, bitte schön, ist denn nun eigentlich Sinn und Zweck des zivilen Ersatzdienstes, den du als anerkannter KDVer abzuleisten hast?

Wer da lieber positiv denkt, der wird die Antwort vielleicht aus dem persönlich empfundenen sinnvollen Tun für benachteiligte Menschen ableiten. Für nicht wenige wird so gar ein „kleiner Frieden“-sdienst aus der staatsbürgerlichen Pflicht.

(Notfalls läßt sich auch ein schnelles „Immernoch-sinnvoller-als...“ finden.)

Andere haben auf der Suche nach dem letzten Sinn die politischen und rechtlichen Vorgärten umgegraben und sind dabei womöglich auf die Einbindung ihres Dienstes in die militärische Landesverteidigung gestoßen. Stichwort: Gesamtverteidigungsplanung. Zusammenhänge wurden da freigeschaufelt, die manche in neue Gewissenskonflikte brachten...

„Sozialer Friedensdienst – Anspruch, Wirklichkeit, Perspektive“, unter diesem Thema stand der Studientag der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der KDVer (EAK) im September '87.

Es ging um Fragen der Interpretation und Ausgestaltung des Zivildienstgesetzes, um 'Wesen und Inhalt' des Dienstes (§§ 1 u. 4 ZDG). U. a. kamen auf der EAK-Tagung zwei Juristen zu Wort, deren kontroverse Aussagen wir wub-Lesern nicht vorenthalten wollen. \*)

Der eine: Dr. Klaus Steinwender, Ministerialdirekt im Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (BMJFFG). Der andere: Ulrich Hahn, selbst KDVer und Rechtsanwalt in Villingen.

Mit einem herzlichen Dankeschön an beide Autoren stellen wir hier zwei kurze Auszüge aus den Referaten einander „kontrovers“ gegenüber.

... Der Zivildienst ist als Ersatzdienst primär nicht um der anerkannten Kriegsdienstverweigerer (KDVer) willen geschaffen worden, sondern um der anderen Wehrpflichtigen willen, die ihre Dienstpflicht bei der Bundeswehr erfüllen. Diese sollen sehen, daß die anerkannten KDVer nicht von der Wehrpflicht befreit sind und sie sich darum nicht als die Dummen vorzukommen brauchen, die es nicht verstanden haben, sich zu drücken. Der Zivildienst entspricht damit der Forderung nach einer ausgleichenden Gerechtigkeit vom Standpunkt der Wehrdienstleistenden aus, aber natürlich auch vom Standpunkt jedes billig und gerecht denkenden Rechtsgenossen. Dabei hat die Angelegenheit auch die bekannte höchst praktische Seite: Jeder Wehrpflichtige soll wissen, daß er seiner Dienstpflicht durch die Anerkennung als KDVer nicht ledig wird und die Verweigerung daher kein probates Mittel ist, sich der Wehrpflicht zu entziehen. Er muß nicht nur wissen, daß er im Falle der Verweigerung einen anderen Dienst zu leisten hat, sondern auch, daß dieser Dienst nicht leichter ist als der Wehrdienst. Nur so kann der Staat erreichen, daß die Wehrpflichtigen die Verweigerung nicht aus opportunistischen Gründen wählen.

### Die Alternative muß aus- reichend lästig sein.

Man könnte sogar zu der Auffassung kommen – und sie ist ja verschiedentlich vertreten worden –, daß der Zivildienst insgesamt gesehen belastender sein muß als der Wehrdienst, um eine freie geschmacklerische Wahl zwischen den beiden Diensten auszuschließen. Wir wissen, daß das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung zu dem neuen Recht vor zwei Jahren die Auffassung vertreten hat, daß die Vorschrift der Verfassung, nach der die Dauer des Ersatzdienstes die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen darf, in dem Sinne zu verstehen ist, daß mit dem Zivildienst insgesamt gesehen, d. h. unter Einbeziehung der Dienstdauer, für den KDVer keine größere Belastung verbunden sein darf, als sie für ihn mit dem Wehrdienst verbunden wäre. Damit kann – und muß – der Zivildienst zwar als eine ausreichend „lästige Alternative“ gestaltet werden, nicht aber als eine gegenüber dem Wehrdienst lästigere Alternative.

Aber immerhin ist hier ein Maßstab bezeichnet, der zwar als solcher nicht recht verwendbar ist, aber doch für den Zivildienst eine allgemeine Orientierungsmarke andeutet. Der Maßstab ist nach dieser Vorschrift der eigentliche militärische Dienst, zu dem der Formaldienst gehört,



der Waffendienst, die militärischen Übungen auf dem Übungsplatz oder im Manöver, der tägliche Innendienst usw. Der öfters gehörte Hinweis, daß es auch bei der Bundeswehr z. B. den Einsatz in Schreibstuben gibt, kann höchstens als Kritik am Gesetz einen Sinn haben. Für die Auslegung des geltenden Rechts ist er dagegen angesichts der klaren Absicht des Gesetzgebers ohne Bedeutung.

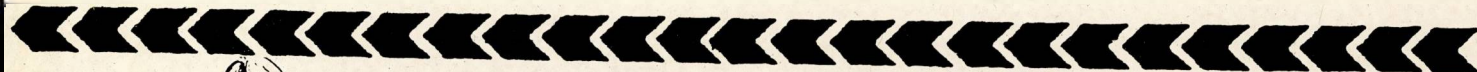
### Zivildienst soll die Bundeswehr erhalten...

Der Wehrdienst dient dem Staatsziel der Verteidigungsbereitschaft. In gewisser Weise dient der Zivildienst dem gleichen Ziel, denn ohne ihn würde die Bereitschaft der Wehrpflichtigen schnell zurückgehen, den Dienst in der Bundeswehr zu leisten. Ein darüber hinausgehendes eigenes Staatsziel, dessen Verfolgung und Erreichung im positiven Sinne dem Zivildienst als Aufgabe gestellt wäre, gibt es dagegen nicht.

Merkwürdigerweise gibt es immer wieder Anlaß, das zu betonen. Offenbar fällt es schwer, sich im Zivildienst zu engagieren und dabei zu wissen, daß dieser Dienst nur dazu bestimmt ist, die Bundeswehr als ein auf der allgemeinen Wehrpflicht beruhendes Verteidigungsinstrument zu erhalten. Und doch liegt dieser Tatbestand auf der Hand, denn alles, was im Zivildienst getan wird, ist Sache der Länder und der Gemeinden. Das gilt insbesondere für den sozialen Bereich. Für alle diese Gebiete trägt der Bund keine eigene Verantwortung. Er liefert gleichsam seine Zivildienstleistenden (ZDLs) bei den Trägern ab und

\*) Eine Dokumentation der Tagungsinhalte wird im Frühjahr '88 erscheinen: EAK (Hg.), Zivildienst nur Militärdienstersatz – dem Pazifismus (k)eine Chance? Bremen 1988. Bezug: EAK, Carl-Schurz-Str. 17, 2800 Bremen 1.





# KDV zielt auf Militärüberwindung!

## Auszüge aus dem Referat von Ulrich Hahn\*

begnügt sich damit, diesen für den Umgang mit ihnen, ihren Rechten und Pflichten, ein System von Vorschriften mit auf den Weg zu geben. Konkret und anfaßbar ist dies der Leitfaden für den Zivildienst, den jede Beschäftigungsstelle erhält. Nichts von dem, was die ZDLs in ihrem Dienst in der Beschäftigungsstelle tun, hat der Bund zu verantworten: weder die Betreuung von Kranken oder Behinderten, noch die Arbeiten in den Kirchengemeinden oder Jugendherbergen, noch – um ein Reizwort zu nennen – in den Tierheimen. Der Bund ist bei alledem nur an einem interessiert: daß seine ZDLs einen seinen Vorgaben entsprechenden, dem Ersatzdienstcharakter ihres Dienstes gemäßen, Zivildienst leisten.

### ... und dem Staatsziel der Verteidigung dienen.

Auch im Verteidigungsfalle würde sich nichts anderes ergeben. Auch in diesem Falle würden die ZDLs außerhalb der Streitkräfte bleiben und könnten nur in den gleichen Einsatzgebieten wie im Frieden eingesetzt werden. Daß sie auch bei einem solchen Einsatz letzten Endes dem Staatsziel der Verteidigung dienen, ist eine mittelbare Wirkung ihres Dienstes. In diesem Wirkungszusammenhang stehen im Verteidigungsfalle aber letztlich fast alle beruflichen und ein großer Teil der nichtberuflichen Tätigkeiten...

\* Dr. Klaus Steinwender, Jg. 1924, ist Ministerialdirigent im BMJFFG und leitet dort die Unterabteilung Zivildienst.

... Meine Kritik bezieht sich zum ersten darauf, daß der Kriegsdienstverweigerer (KDVer) hier nur einen Ersatz leisten soll, einen Ersatz für etwas, was er von seiner Gewissensentscheidung her ablehnt. Der Ersatz kann dann ganz leicht zur 'lästigen Alternative' und schließlich zum Opfer werden, obwohl die Gewissensfreiheit des Grundgesetzes gerade Opfer eben nicht mehr verlangen wollte. Denn daß KDVer in früheren Epochen Opfer bringen mußten für ihre Entscheidung, das ist allseits bekannt. Es gab KDVer längst bevor es einen Artikel 4/3 Grundgesetz gegeben hat. Und der Artikel 4/3 GG war, so meine ich, ursprünglich so zu verstehen, daß es eben nicht mehr nötig sein sollte, Opfer zu bringen, um KDVer zu sein. Als später das Wehrpflichtgesetz diskutiert wurde, im Bundestag, hat allerdings schon Adolf Arndt diesen Opfergedanken aufgenommen und in die Diskussion gebracht. Er argumentierte, daß der KDVer einen Ersatzdienst leisten sollte, als Opfer an das Unverständnis der Gesellschaft, denn sonst könne es tatsächlich so sein, daß der KDVer nur als Drückeberger gesehen würde. In diesem Sinne wurde lange Zeit auch argumentiert, daß der Zivildienst praktisch das Ansehen der KDVer in der Öffentlichkeit gestärkt hat. Gerade deshalb sei hier auch an eine andere Argumentation erinnert: So hatten z. B. im 19. Jahrhundert die Juden Opfer gebracht, in Form von Sondersteuern, in Form von Sonderabgaben, um im Verständnis der übrigen Gesellschaft besser dazustehen, um auch als gute Staatsbürger zu gelten. In dieser Linie werden wir die Gewissensfreiheit letztlich nicht mehr als eigenständiges Grundrecht behalten, sondern nur noch als eine Ausformung des Übermaß-Verbotes! Vom Grundgesetz würde dann nur noch bestimmt, daß dieses Opfer nicht zu groß werden darf. Es sollen dem KDVer aus Gleichheitsgründen Opfer abverlangt werden, die aber eben nicht so groß werden dürfen, wie es früher schon einmal mit Todesstrafe oder Zwangsauswanderung war; es soll ein Opfer sein, das im erträglichen Rahmen liegt, also die lästige Alternative: lästig genug, um es nicht zu leicht zu machen, aber nicht zu lästig, um das Übermaß-Verbot nicht zu überschreiten.

### Gleichheit heißt hier: jedem soll es gleich schlecht gehen.

Die zweite Kritik: Unser Gleichheitsbegriff hat sich nicht bloß hier in diesem Bereich, sondern auch in anderen Bereichen pervertiert. Gleichheit wird nicht mehr als etwas verstanden, was den einzelnen zum

Besseren bringt im Sinne der Französischen Revolution: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“, wo Menschen aus dem Elend herausgehoben werden sollen, zu einer gleichen Rechtsposition, sondern Gleichheit wird heute oftmals mehr verstanden im Sinne von: Es soll dir nicht besser gehen als den anderen, es soll dir gleich schlecht gehen. Und wenn du eine Gewissensentscheidung getroffen hast zur KDV, dann soll es dir nicht besser gehen als den anderen, und deshalb sollst du gleich behandelt werden. Also Gleichheit nicht mehr im Sinne einer freimachenden Gleichheit, sondern im Sinne einer belastenden Gleichheit.

### Die Notbremse ziehen!

Die dritte grundsätzliche Kritik folgt aus dem Vorangegangenen. Auf dem Hintergrund dieser verfassungsrechtlichen Vorgaben ist m. E. ein sozialer Friedensdienst in der Intention, wie ihn die Kirchen einmal beabsichtigten, nicht möglich. Ich stelle mir als Bild vor – so empfinde ich auch selbst – als KDVer in einem fahrenden Zug zu sitzen. Der fahrende Zug ist unsere Rüstung, die Aufrüstung, die Abschreckungstheorie, überhaupt unsere ganze militärische Sicherheitspolitik. Und jetzt bekomme ich als KDVer die Möglichkeit, aus dem Zugpersonal, aus dem Lokomotivpersonal herausgenommen zu werden, in den Speisewagen zu gehen und dort die Gäste zu bedienen oder als Mitarbeiter des Intercity-Teams den Abfall einzusammeln im Zug. Also ich werde entlastet von der schlimmen Aufgabe, vorne die Lokomotive zu bedienen und voranzutreiben und darf eben weiter hinten meinen Dienst tun. Meiner Absicht nach geht es darum, die Notbremse zu ziehen. Aber genau das darf ich nicht, sondern ich soll andere Tätigkeiten tun. Und der Streit geht jetzt nur darum, ob ich bei meiner Bedienungstätigkeit auch mit Jugendlichen usw. im Zug zusammenkommen darf oder eben nur mit älteren Menschen, oder ob ich nur den Abfall einsammeln muß oder auch in der Küche für mich irgendwie befriedigende Tätigkeiten tun darf – aber der Zug fährt weiter. Und das, was im sozialen Friedensdienst an militärüberwindendem Handeln noch möglich ist, bleibt letztlich auch auf den Freizeitpazifismus beschränkt, d. h. der Zivildienstleistende wird letztlich nur noch in seiner Freizeit in manchen Randbereichen wirklich das tun können, was er eigentlich von seiner Grundentscheidung her will: nämlich die Notbremse ziehen.“

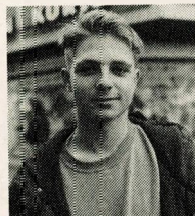
\* Ulrich Hahn, Jg. 1950, ist Rechtsanwalt in Villingen. KDVer nach Ableistung des Wehrdienstes.





**Andrea Kienzle,**  
Vorpraktikantin  
(Erzieherin)

Man sollte ruhig noch ein paar reinlassen. Gerade das mit den 14 Chilenen, denen die Todesstrafe drohte, die sollte man schon reinlassen. Man sollte aber schon unterscheiden zwischen „solchen“ und „solchen“. Man sollte der Sache genau nachgehen.



**Michael Grimm,**  
Schüler

Kommt drauf an, ob sie politisch verfolgt werden. Wenn sie nicht verfolgt werden, dann würde ich sie nicht aufnehmen. Es kann ja jeder behaupten, er sei politisch verfolgt. Erst wenn sie's eindeutig belegen können, dann kann man sie aufnehmen. Es sollte nicht lockerer sondern strenger nachgeprüft werden, ob das tatsächlich Verfolgte sind.



**Heidrun Fiolka,**  
Sekretärin

Damit hab' ich mich noch nicht so sehr beschäftigt, weil ich gerade andere Probleme hab'. Die Leute sind natürlich schon arm dran, in diesen Ländern. Ich glaub', die Folter ist auch so schlimm, daß man diese Leute auf jeden Fall aufnehmen sollte. Grundsätzlich! Also der Meinung bin ich schon: Wenn Menschen so in Not sind, dann sollte man denen helfen.

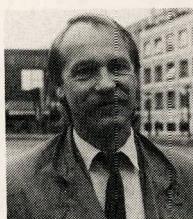


**Helga Kuppermann,**  
Hausfrau

Da gefällt mir einiges nicht! Erstens die Residenzpflicht. Das halte ich schlichtweg für unmenschlich. Dann das Arbeitsverbot. Das zwingt die Leute zum Rumsitzen. Die müssen ja depressiv werden. Ich bin in einem Freundeskreis und kenne mich deshalb ein bißchen aus. Diese Menschen leiden unter alledem sehr. Vor allem müßte man mehr Aufklärung betreiben gegen die Verallgemeinerung. Oft meinen die Leute, das seien alles Wirtschaftsflüchtlinge, die uns unser armes bißchen Geld wegnehmen. Die paar Leute können wir meiner Überzeugung nach aber ruhig verkraften. Diejenigen, die Asyl suchen, sollte man aufnehmen. Und ich bin der Meinung, das wird zur Zeit ziemlich unterhöhlt. Im Moment werden Leute abgeschoben, da läuft es mir eiskalt den Rücken runter, wenn die mir erzählen, glaubhaft erzählen, in welche Verhältnisse sie zurückgeschickt werden. Eine Ablehnung nach der anderen, weil wir das anscheinend nicht mehr verkraften. Und da bin ich ganz anderer Meinung.

### Frage: Wie sollten wir uns in der Bundesrepublik gegenüber asylsuchenden Menschen verhalten?

Fotos: Angelika Emmerling



**Dieter Syring,**  
Rechtsanwalt

Unsere Regierung sollte sich etwas menschlicher verhalten. Man sollte auch berücksichtigen, daß diese Länder ja auch deshalb so arm sind, weil die Industriestaaten alles dafür tun, um sie nieder zu halten und z. B. Entwicklungshilfe als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für den deutschen Staat benutzen. Das ist ein wesentlicher Aspekt, den man natürlich nicht zur Kenntnis nehmen will. Das andere ist der menschliche Aspekt, der meiner Ansicht nach einfach zurückgedrängt wird, durch „politische Notwendigkeiten“. Das sind prinzipielle Einstellungen der Politiker, die das menschliche Wohl jedem selber überlassen und sagen: Jeder ist für sein eigenes Wohl verantwortlich und deshalb auch selber schuld, wenn es ihm schlecht geht. Und das kann ich eigentlich nicht nachvollziehen.



**Hans-Jürgen Weidner,**  
Hausmeister

Im Grundgesetz ist es ja drin, also müssen wir sie auch aufnehmen, grundsätzlich alle. Wenn wir ein armes Land wären, dann wäre es gerechtfertigt, weniger aufzunehmen, aber das sind wir ja nicht. Bei uns wird genug Geld rausgeschmissen. Sehen Sie doch nur, was die Post für arrogante Gebäude hinstellt. Mit Kupferdächern und Marmor und so. Es ist also noch jede Menge Luft drin.



**Oskar Prix,**  
Maler

Besser prüfen! Wenn es ein politisch Verfolgter ist, dann find' ich es richtig, ihn aufzunehmen. Aber nicht jeden Arbeitsscheuen! Also ich glaube nicht, daß einer mit 16, 17 Jahren politisch verfolgt ist. Deutschland ist ein Wohlstandsland, und die meinen, hier kann man gut leben, ohne etwas zu tun. Sie beschweren sich über das Essen, das sie hier bekommen, und in ihrer Heimat haben sie überhaupt nichts zu fressen. Das sind doch dann unsere Sozialhilfeempfänger.



**Frank Hippeli,**  
Praktikant  
(Schreiner)

Ich finde, daß Deutschland, mit dem Hintergrund der NS-Zeit, doch sehr offen sein sollte, für asylsuchende Menschen, weil doch viele Juden oder politisch Verfolgte darauf angewiesen waren, daß andere Nationen sie aufnehmen. Deshalb sollte man auf jeden Fall mehr aufnehmen als bisher.



**Angelika Gruschow-Heinrich,**  
Hausfrau

Ich denk' schon, daß man sie reinlassen sollte. Es gefällt mir auch nicht, daß sie so gettoisiert und in Sammellager gesteckt werden. Man sollte sie in der Stadt integrieren. Und daß sie nicht arbeiten dürfen, das finde ich auch nicht gut. Ich denke, daß ein Land, das so viel Wohlstand hat, schon offen sein sollte für andere Länder. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Menschen ihre Heimat verlassen, nur weil sie glauben, daß es bei uns so wunderbar ist.



**Friedrich Grampp,**  
Maschinist

Man sollte prüfen, ob sie auch wirklich Asyl brauchen. Das ist das Wichtigste. Und wenn sie Asyl brauchen, dann sollte man es ihnen auf jeden Fall gewähren. Dann sollte man ihnen aber auch das Recht geben, so zu arbeiten und zu leben wie wir. Das ist der wichtigste Punkt: Sie nicht so asozial abzustempeln, in Baracken stopfen. Das will ich nicht. Aber es müssen wirklich politisch oder religiös Verfolgte sein. Sobald eben ihr Leben in Gefahr ist.



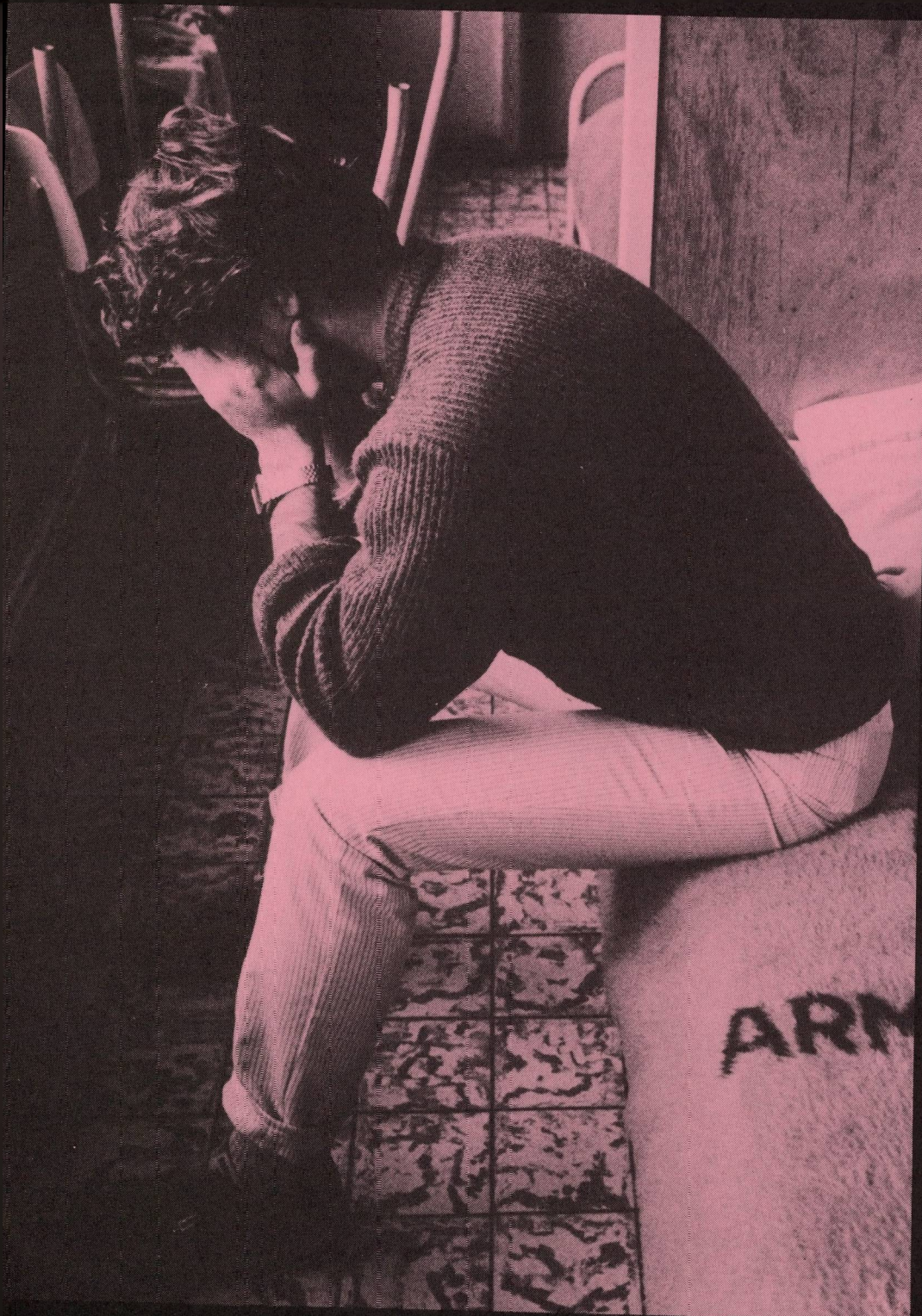
**A. Nonym, Deutscher**  
Auf Band gesprochene Meinungen.  
Keine Namensangabe!  
Kein Foto! (Ausschnitt)

- Das sind Wirtschaftsflüchtlinge. Weil sie nichts verdienen oder „nix schaffa“ wollen, kommen die her.  
- Dort wird denen versprochen, hier fliegen einem die gebratenen Tauben in den Mund. Das gibt's aber nirgends.  
- Ich war auch 5 Jahre in Rußland und mußte eben die Quartiere annehmen, die mir geboten wurden, ob drinnen oder im Freien, Sommer wie Winter. Und die kommen jetzt hier zu uns und stellen Ansprüche...  
- Wir haben in Deutschland selber arme Leute genug!  
- Wir sind ja sowieso überbevölkert in Deutschland!



# HEIMAT

## MENSCHENRECHT ASYL



„When my problem is finished, I'll go back to Bangla Desh“, antwortet mir der dunkelhäutige Mann, der gerade von Tisch zu Tisch rote Rosen in der Kneipe anbot. Dann sagte er noch irgendetwas von „Asyl“. Gefragt habe ich ihn nur, aus welchem Land er denn stamme. Seine Antwort klingt aber so, als wolle er mich beruhigen, mir versprechen: „Keine Angst, ich hau schon wieder ab. Ich weiß ja, ihr wollt hier unter euch bleiben.“

Peinlich und beschämend, so etwas. Aber was soll ich denn den Schlußfolgerungen aus Erfahrungen mit den Deutschen, die dieser Mann ganz offenbar gezogen hat, entgegensetzen? Von einem offenen, weltbürgerlichen Geist ist in diesem Lande ja nun wirklich nicht gerade viel zu spüren. „Die Bundesrepublik wurde als Republik für Deutsche gegründet“, stellt der Freiburger Politologe Dieter Oberndorfer enttäuscht fest, und so wie es aussieht, baut man auf diesen Grundmauern auch heute noch auf: „Wenn wir hier von Zeit zu Zeit schon mal Fremde brauchen, dann holen wir uns Gast-Arbeiter. Und von Gästen darf man ja wohl erwarten, daß sie auch irgendwann mal wieder gehen. Bei Asylanten weiß man da nie. Überhaupt – was bringt uns denn am Ende unsere Großzügigkeit?“ „Bild“ weiß die Antwort: „Asylanten. Wir holen uns die Probleme der Welt ins Haus.“ (Schlagzeile am 23.8.86)

Daß wir uns in absehbarer Zukunft die Einwanderer als Menschen aus aller Welt ins Haus holen, das hält der Politikwissenschaftler Dieter Oberndorfer immerhin für möglich, auch wenn das dann vielleicht nicht ganz aus freien Stücken geschieht, nicht aus Mitgefühl für die Flüchtlinge, nicht aus Einsicht in unsere geschichtliche Verantwortung, sondern aus den profanen Gründen der „dramatisch rückläufigen Bevölkerungsentwicklung“ in Deutschland. Was sich Oberndorfer wünscht, daß nämlich Einwanderung auch eines Tages als Bereicherung gesehen wird, das scheint mir vorerst noch ein weiter Weg. Den Rosenverkäufern in den Kneipen ist zu wünschen, daß sich die Probleme in ihrer Heimat schneller lösen. Werner Schulz

Zum Foto:  
Das lange Warten auf Anerkennung. Foto: UNHCR



# THEMA

MENSCHENRECHT ASYL

# FAKTEN

## Auf der Flucht

### Zahlen über Flüchtlinge in der Welt:

Weltweit gibt es mehr als 12 Mio. Flüchtlinge, darunter sind über 50 % Kinder.

### In Asien:

rd. 5 Millionen Entwurzelte durch Afghanistan-Politik.

### Im Mittleren und Nahen Osten:

Die Anzahl der registrierten Flüchtlinge betrug im Aug. 1986 insgesamt 2 154 040.

### In Afrika:

rd. 3,5 Mio. Flüchtlinge, deren Aufnahme in den von Dürre- und Hungerkatastrophen betroffenen Ländern besondere Probleme bereitet. Allein im Sudan: 690 000 Flüchtlinge.

### In Mittel- und Lateinamerika:

ca. 330 000 Flüchtlinge.

## Zum Vergleich:

Im statistischen Mittel kommt je ein aufgenommenen Asylbewerber auf

185 Einw. in der Schweiz  
231 Einw. in den USA  
617 Einw. in der BRD

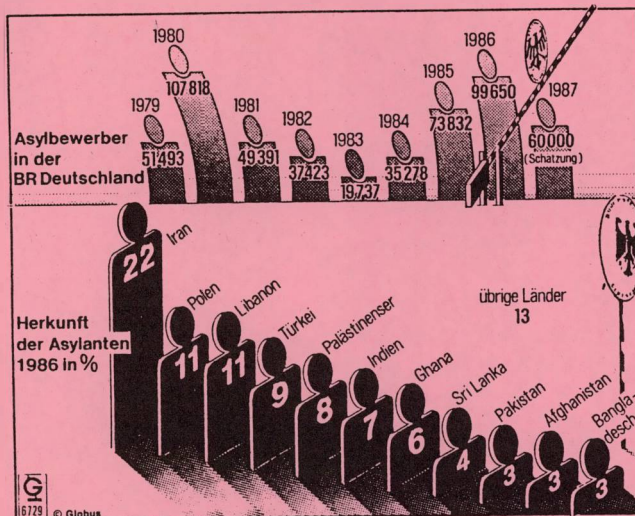
## Recht und Gesetz

1. Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Artikel 16(2), Satz 2: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“.

2. Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, vom 10. Dez. 1948, Art. 14: „Jeder Mensch hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen.“

3. Genfer Flüchtlingskonvention vom 28.7.1951, Artikel 33 (Beitritt der BRD: 22.4.1954): „Keiner der vertragschließenden Staaten wird einen Flüchtling auf irgendeine Weise über die Grenzen von Gebieten ausweisen oder zurückweisen, in denen sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht wird.“

4. UN-Anti-Folter-Konvention vom 10.12.1984 (von der BRD nicht gezeichnet), Art. 3: „Ein Vertragsstaat darf eine Person nicht in einen anderen Staat ausweisen, abschieben oder an diesen ausliefern, wenn schwerwiegende Gründe für die Annahme bestehen, daß sie dort Gefahr liefe, gefoltert zu werden.“



Anmerkung: Im Gegensatz zu einer Erklärung geht eine Konvention über den öffentlichen Appell hinaus und wird für die Vertragsparteien ein völkerrechtliches Rechtsinstrument.

## Wörtlich:

„Die Asylrechtgewährung ist immer eine Frage der Generosität, und wenn man generös sein will, muß man riskieren, sich gegebenenfalls in der Person geirrt zu haben.“ Carlo Schmid im Parlamentarischen Rat am 4.12.1948

„Wenn wir uns erinnern, wie rassistisch, religiös und politisch Verfolgte, die vom sicheren Tod bedroht waren, oft vor geschlossenen Grenzen anderer Staaten standen, werden wir denen, die heute wirklich verfolgt sind und bei uns Schutz suchen, die Tür nicht verschließen.“ Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner Rede am 8. Mai 1985

„Sie müssen getrennt nach Volksgruppe in Lagern konzentriert werden - alles andere ist übertriebene Möglichkeit, die dem Interesse des deutschen Volkes schadet.“ Der Bürgermeister von Vilshofen über Asylbewerber, die in der BRD Schutz suchen (zitiert nach: Der Spiegel, 28.7.86)

„Was haben die Asylbewerber den Menschen in der Bundesrepublik denn getan, daß diese sich so gegen sie zur Wehr setzen? Sie kosten ein paar lumpige Millionen im Vergleich zu dem, was die Bundesrepublik aus diesen Ländern herausholt.“ Bahman Nirumand, politischer Flüchtling, in der ARD (Pro und Contra) vom 21.8.86

„Zweitens: Auch ein anderes Problem werden wir nur in Übereinstimmung mit unseren Partnern und Nachbarn lösen

können. Wir werden langfristig nicht umhinkönnen, die Schrumpfung der deutschen Bevölkerung zumindest teilweise durch einen verstärkten Zuzug von Ausländern auszugleichen. Das wird schon der Arbeitsmarkt erbringen. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung wird wachsen und damit auch die kulturellen und sozialen Probleme.“ Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble am 11. Dez. 87 in Osnaabrück

## Die Kosten

Zwischen 2,5 und 2,8 Milliarden Mark im Jahr betragen die Ausgaben, die Bund, Länder und Gemeinden für die Flüchtlinge in der BRD aufbringen. D. h.: ca. 50 DM pro Jahr und Bundesbürger, ca. 4 DM pro Bürger im Monat. Zum Vergleich: Die Rüstung kostet jeden Bundesbürger ca. 1500 DM im Jahr.

Modellrechnung auf der Basis der Sozialhilfesätze für eine Familie mit drei Kindern für einen Monat:	
private Unterbringung:	
Sozialhilfe	1 113. - DM
Miete bei einer 60 qm großen Wohnung (6.- DM/qm)	360. - DM
Brennstoffbeihilfe in Wintermonaten	58. - DM
	<hr/> 1 531. - DM
Unterbringung in Lagern:	
bei einem nach Aussage der Berliner Sozialbehörde v. 1984 durchschnittlichen Tagesatz von 32,50 DM/Person	4 875. - DM
Taschengeld für die ganze Familie	189.70 DM
	<hr/> 5 064.70 DM
Quelle: Asyl in unserem Land, hrsg. von der evang. Kirche Berlin, 1985	

## Asyl in Deutschland

Von 1953 bis 1986 gab es in der Bundesrepublik ca. 125 000 Anerkennungen nach Art. 16 GG.

Im soeben abgelaufenen Jahr 1987 ist die Zahl der Asylbewerber in der Bundesrepublik von knapp 100 000 (1986) auf 60 000 Menschen zurückgegangen. Die Quote der als asylberechtigt Anerkannten sank im gleichen Zeitraum auf knapp unter zehn Prozent aller Bewerber. Danach dürfen also rund 6000 der zuletzt eingereisten Ausländer als politisch Verfolgte auf Dauer in der Bundesrepublik bleiben.

## Flüchtling ist nicht gleich Flüchtling

Hinter dem Begriff „ausländische Flüchtlinge“ verbergen sich vielfältige Flüchtlingsgruppen mit unterschiedlichem Rechtsstatus. Bleibeberechtigt sind (die wichtigsten Gruppen):

1. **Asylberechtigte** (anerkannte Asylbewerber)
2. **Kontingentflüchtlinge** (Menschen, die im Rahmen von humanitären Hilfsmaßnahmen in bestimmter, von der Bundesregierung festgelegter Größenordnung aufgenommen werden, derzeit in der Regel Vietnamesen („boat people“). Kontingentflüchtlinge sind keine Asylananten).
3. **Familienangehörige von Asylberechtigten** (nach Art. 6 GG)
4. **de-facto-Flüchtlinge** (rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber, denen eine Duldung oder Aufenthaltserlaubnis erteilt wird. Zur Zeit hauptsächlich Libanesen und Osteuropäer). Ungeklärt ist das Bleiberecht bei den **Asylsuchenden**.

## Bücher zum Thema

Zwei empfehlenswerte Bücher für alle, die mehr zum Thema „Asyl“ lesen möchten:

Heiko Kauffmann (Hg.) „Kein Asyl bei den Deutschen.“ rororo-aktuell, Band 1080, Reinbek, 1986, 250 S.

Gisela Klemm-Kozinowski u. a. (Hg.) „Platz zum Leben gesucht. Lesebuch Asyl.“ Signal-Verlag, Baden-Baden, 1987, 223 S.

Außerdem ist in der Reihe EKD-Texte (Nr. 16) eine Broschüre mit dem Titel „Flüchtlinge und Asylsuchende in unserem Land“ erschienen. Bezug: Kirchenamt Hannover, Herrenhäuser Str. 12, 3000 Hannover 21



# THEMA

## MENSCHENRECHT ASYL

### Streit um's Asylrecht: Und was sagt die Kirche?

Von Michael Mildenerger, Hannover \*

**Im Streit um das deutsche Asylrecht hat die EKD in den letzten Jahren mehrfach Stellung genommen. Leitlinien sind das christliche Gebot der Nächstenliebe und die vom Grundgesetz geforderte Humanität.**

**Die Reaktionen auf die Kirchenworte sind unterschiedlich.** d. Red.

Erinnern wir uns an den Sommer 1986. Täglich hörten wir neue Nachrichten über wachsende Zahlen von Asylsuchenden. Bilder überfüllter Unterkünfte gingen durchs Fernsehen. Gleichzeitig schlugen Politiker Alarm und riefen nach Abwehrmaßnahmen: Unser Land gehe unter in der „Asylantenschwemme“, der „massenhafte Mißbrauch“ des Asylrechts durch „Wirtschaftsflüchtlinge“ müsse eingedämmt werden. Viele wollten die Verfassung ändern, die im Artikel 16 allen „politisch Verfolgten“ ein solches Recht auf Asyl garantiert. Seither ist das Thema auf der politischen Tagesordnung geblieben. Im Januar 1987 trat ein verschärftes Gesetz zum Asylverfahren in Kraft. Trotzdem wurden im Jahr 1987 noch 60 000 Asylbewerber gezählt – „viel zu viel“, wie der Bundesinnenminister sagt.

In dieser Situation hat sich die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) mehrfach zu Wort gemeldet – am ausführlichsten in der Studie „Flüchtlinge und Asylsuchende in unserem Land“ (EKD-Texte 16). Es geht der EKD in ihren Stellungnahmen um einige grundsätzliche Wahrheiten und Verpflichtungen, die im politischen Streit und in der allgemeinen Gedankenlosigkeit unterzugehen drohten, gleichsam um die „Eckwerte“ für den Umgang mit Asylsuchenden und Flüchtlingen. Sie beruft sich dabei auf die Bibel und das christliche Gebot der Nächstenliebe und wendet sich dementsprechend in erster Linie an die Christen in unserem Land; sie verweist aber auch auf die vom Grundgesetz geforderte Humanität, appelliert also über die Kirche hinaus an die politische Öffentlichkeit. Dabei sind der EKD die folgenden Gesichtspunkte besonders wichtig:

### Parteinahme für die Schwachen

– „Verfolgte und Schutzsuchende sind hilfsbedürftige Menschen. Jesus selbst hat uns aufgegeben, ihnen unsere Zuwendung nicht zu versagen (Evangelium des Matthäus 25, 31-46). Zahlen und Organisationsprobleme dürfen uns den Blick auf den bedrängten einzelnen nicht verstellen“ (Rat der EKD, 26.7.1986). Die EKD dankt allen, die sich für Asylsuchende und Flüchtlinge einsetzen, und erinnert einzelne Christen und Gemeinden an den Auftrag der Kirche, den Schwachen beizustehen und ihre Stimme für die Schutzbedürftigen zu erheben.

### Sachlich informieren

– Die weltweite Flüchtlingsproblematik und die Asylpraxis in unserem Land sollten so sachlich wie möglich behandelt werden. Dramatisierungen und tendenziöse Darstellungen schüren lediglich Ängste und Aggressionen. Die EKD gibt deshalb der Sachinformation in ihrer Studie einen breiten Raum. Dazu gehört auch die Feststellung, daß angesichts der weltweiten Dimensionen der Flüchtlingsnot der Anteil, den die Bundesrepublik und andere westeuropäische Länder tragen, verhältnismäßig gering ist.

### Grundrecht schützen

– Die EKD warnt davor, den humanen Anspruch der Verfassung im Umgang mit Asylsuchenden und Flüchtlingen zugunsten anderer Interessen zu reduzieren. Deshalb lehnt sie eine Änderung des im Grundgesetz verankerten Rechts auf Asyl ab. Sie sieht darin eine Ausprägung des obersten Gebots unserer Verfassung, die Menschenwürde zu schützen. Insbesondere warnt sie vor „gesetzgeberischen und administrativen Maßnahmen, wenn sie zur Folge haben, daß dadurch der Zugang für politisch Verfolgte unmöglich gemacht wird. Das Recht auf Asyl darf nicht dadurch außer Kraft gesetzt werden, daß ein Asylbegehren nicht mehr gestellt werden kann“ (Synode der EKD, 6.11.1986).



Demo gegen die Asylgesetze am 6.12.86 in Karlsruhe.  
Foto: Storz/Graffiti

### Einen angemessenen Beitrag leisten.

– Die EKD vertritt nicht die Auffassung, daß die Bundesrepublik grenzenlos Flüchtlinge aufnehmen solle. Sie muß jedoch ihren angemessenen Beitrag zur Bewältigung des Problems leisten. Dazu gehört nicht nur die

verstärkte Unterstützung von internationalen und regionalen Flüchtlingsprogrammen in aller Welt, sondern auch die unmittelbare Aufnahme von Flüchtlingen in unserem Land.

### Auf internationale Konflikte einwirken.

– Sicherheit, Friede und das allgemeine Wohl sind unteilbar. Sie können auf Dauer nicht partiell und einseitig von den reichen Ländern gegen die übrige Welt in Anspruch genommen werden. Es wäre deshalb eine Illusion zu glauben, man könnte mit den Flüchtlingen auch die Konflikte, deren Opfer sie sind, von Europa und der Bundesrepublik fernhalten. Zu einer sachgemäßen Flüchtlingspolitik gehört neben der Hilfe für die betroffenen Menschen der aktive, internationale Einsatz für den Frieden, die Einhaltung der Menschenrechte und eine Entwicklung auf der Basis einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung.

### Die Reaktionen

Die Stellungnahmen der EKD fanden ein breites Echo in der Öffentlichkeit. Politiker aller Parteien begrüßten sie als einen wichtigen Beitrag zur Versachlichung. Um so massiver waren die Reaktionen aus der Bevölkerung, bei der sich zunächst Ablehnung, Fremdenangst und ideologische Hetze Luft machten. Dabei wurden tiefsitzende Verletzungen, Unsicherheiten und Vorurteile sichtbar.

Doch dann setzte bei Christen und anderen Menschen in unserem Land ein Prozeß ein, der in diesem Ausmaß nicht zu erwarten war und bis heute anhält. Bereits im November 1986 konnte die Synode der EKD erfreut feststellen, „daß in den letzten Monaten bei vielen Menschen, Gruppen und Gemeinden die Bereitschaft zur Aufnahme von Asylsuchenden und Flüchtlingen gewachsen ist“. Landauf, landab bildeten sich Initiativgruppen und Flüchtlingsräte. Zusammen mit den hauptamtlichen Sozialarbeitern der Wohlfahrtsverbände setzen sie sich für die Flüchtlinge ein, helfen ihnen in den vielen praktischen und rechtlichen Schwierigkeiten des Alltags, halten Gemeinschaft mit ihnen und treten auch öffentlich für sie ein.

Gewiß, es ist eine kleine Minderheit, die sich so engagiert. Die Mehrheit der Bevölkerung ist nach wie vor gleichgültig oder ablehnend. Die Flüchtlinge und ihre Helfer müssen sich manches an Anfeindung gefallen lassen, und die täglichen Auseinandersetzungen mit einer auf Abschreckung ausgerichteten Asylpraxis der Behörden sind aufreibend. Hinzu kommt, daß durch die gesetzlichen Verschärfungen neue Probleme auftauchen. So wächst die Zahl der Flüchtlinge, die nicht anerkannt, sondern nur „geduldet“ sind und in einer ständigen rechtlichen und menschlichen Unsicherheit leben. Darüber ist die EKD mit der Bundesregierung im Gespräch.

Gleichwohl ist die Situation heute anders. Die Kirche hat nicht ins Leere gesprochen. Menschen haben ihr Wort gehört und machen es durch ihr Engagement glaubwürdig.

\* Michael Mildenerger, Jg. 1934, ist Referent für Asylantenfragen im Kirchenamt der EKD.



## „Menschenliebe mit beschränkter Haftung“

wub-Interview mit dem Dichter und Flüchtling vor den Nazis, Erich Fried.

Zum Beispiel im Dez. 87 in München, Uni, Hörsaal E-01: Erich Fried ist angesagt, Dichterlesung. Und wahrhaftig – dichter geht's nicht: Der Saal droht zu platzen, übervoll, für je zwei Hintern einen Stuhl. Und das am Freitagnachmittag. Der Mann ist beliebt. Fried wie Frieden.

Zum Beispiel der Bremer CDU-Fraktionsvorsitzende Bernd Neumann 1977 über ein Fried-Gedicht: „Sowas würde ich lieber verbrannt sehen.“ Oder die FAZ: „Mörderpoesie“. Theo Sommer (Die Zeit): „Verschwörungsneurotiker“.

Der Mann ist umstritten. Fried wie Störenfried. (Den vorerst letzten Eklat gab's anlässlich der Verleihung des Büchner-Preises an Erich Fried im Oktober 1987).

Für die einen sind seine Gedichte Gift, für die anderen ein wertvolles Gegen Gift, Denk-Anstöße, gutartige Provokation. Warum einen Dichter zum Thema Asyl befragen?

Um sein Leben zu retten, mußte er mit 18 Jahren (Aug. 1939) als Jude vor den Nazis aus seiner Wiener Heimat fliehen. (Der Vater starb kurz zuvor an den Folgen eines Gestapo-Verhörs). Seither lebt Erich Fried in London – und seither mischt er sich ein, wo immer es um die Menschenrechte von Minderheiten geht.

Umstritten sicher auch einige seiner Gedanken im wub-Gespräch mit Werner Schulz.



Fotos: Angelika Emmerling

### „Ein Teufelskreis“

wub: Also wieder so eine Art „Sündenbock-Muster“?

Fried: Dadurch, daß die Asylanten eine diskriminierte Gruppe von Menschen sind, sind auch alle möglichen Frustrierten und mit schief gewickeltem Bewußtsein versehenen Menschen – die selber wahrscheinlich oft benachteiligt sind, durch mangelnde Arbeitsplätze usw. – dazu ermutigt, auf die Asylanten noch runterzuspucken. Und so ist das ein Teufelskreis, es wird immer ärger. Und die Asylantengesetzgebung, auch die politische Asylantengesetzgebung, die ist ja phantastisch: Daß z. B. Asylanten in Länder abgeschoben werden sollten, wo Folter auf sie wartete, wie in der Türkei. Aber das wollte man nicht anerkannt haben, weil die Türkei ja ein Verbündeter in der NATO ist und angeblich die „Freie Welt“ verteidigt, wobei natürlich die Freiheit in der Sowjetunion jetzt, unter Gorbatschow, um einige wesentliche Grade höher ist als in der Türkei. Und diese Fiktionen sind so, daß sie sich zum Schaden von Menschen auswirken, auf die dann in der Heimat die Folter wartet. Daher hat sich ein Mann wie Altun lieber zum Fenster heruntergestürzt. Die deutschen Behörden, die diese Politik verantworten, sind statistisch gesehen – man kann es nicht im individuellen Fall immer nachweisen –, sind statistisch für das Inkaufnehmen des Todes dieser Leute oder auch für den tatsächlichen Tod dieser Leute verantwortlich.

wub: Herr Fried, Sie sind bekannt dafür, daß Sie die Worte wörtlich nehmen. Lassen Sie uns also mit dem Wort „Asyl“ beginnen. Was heißt denn das Wort ursprünglich?

Fried: Asyl heißt Zufluchtsstätte. Diese Idee der Zufluchtsstätte war im Altertum bereits bekannt. Im Mittelalter war das meistens so ausgebaut, daß man, sobald man gewisse Kirchen und Punkte berührt hat, dort nicht verhaftet werden konnte. Das wurde aber immer von rechtsfeindlichen Regimes durchbrochen.

wub: „Asyl“ ist doch im deutschen Sprachgebrauch eigentlich ein Fremdwort. Warum sagt man nicht „Zuflucht“? Warum sagt man auch „Asylanten“ und nicht „Flüchtlinge“?

Fried: Das Wort Asylanten hat einen schlechten Beigeschmack gekriegt, weil man die Leute schlecht behandelt. An sich ist Asyl, also Zuflucht, eine geheiligte Sache. Das sollte keinen schlechten Beigeschmack haben. Aber wenn die Menschen in ihrer Menschenliebe unzugänglich sind, dann kriegen die Dinge einen schlechten Beigeschmack. Z. B. gibt es ein Wort, das von „Erbarmen“ kommt, nämlich „erbärmlich“, und das wird heute verwendet im Sinne von „verächtlich“, weil die Menschen zu wenig Erbarmen zeigen. Und so ist auch das Wort Asylanten heute mit einem jämmerlichen oder erbärmlichen Beigeschmack versehen worden, der nur von unserer eigenen Jämmerlichkeit kommt, nicht von der der Asylanten.

wub: Wie beurteilen Sie die Praxis des deutschen Asylrechts im Jahre 1987?

Fried: Den Asylanten wird Rechtssicherheit sozusagen nur auf Widerruf gewährt. Außerdem werden die Asylanten in Deutschland jetzt unmöglichen Bedingungen unterworfen. Für die Dauer der Zeit, bis ihr Asylansuchen gewährt ist, können sie nicht arbeiten, geraten also in eine unmögliche Abhängigkeitslage. In vielen Fällen, z. B. in Stuttgart, waren Asylanten angewiesen, in dem Stadtteil zu leben, der ihnen zugewiesen war. Wenn sie in einem anderen Stadtteil erwisch wurden, gab es von 50 DM gesteigert bis 5000 DM Strafe. Das ist eine menschenfeindliche Gesetzgebung. Wenn sie schon in Stuttgart bleiben müssen und nicht in die Umgebung fahren dürfen – was auch nicht einzusehen ist –, so ist doch die Bestimmung, daß sie in dem bestimmten Stadtteil bleiben müssen, eigentlich nur zu vergleichen damit, daß Juden nur auf Judenbänken sitzen durften. Also das ist eine Bestimmung, die aus Juristenhirnen gekrochen ist, die menschenfeindlich sind. Man muß solchen Dingen entgegenarbeiten.

wub: Alfons Söllner, Antisemitismusforscher an der TU Berlin, hat die Befürchtung geäußert, die Asylbewerber könnten zu den potentiellen Juden von heute werden...

Fried: ... ja, genau das. Weil sie genauso saumäßig behandelt wurden, wie die Juden in Deutschland, bevor man sie dann überhaupt vernichtet hat.



## „Man kann Grundrechte nicht schaffen und daher auch nicht abschaffen“

wub: Im Artikel 16 GG stehen vier einfache Worte: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“ Glauben Sie eigentlich, daß damals, als das Grundgesetz und auch das Grundrecht auf Asyl geschaffen wurde, durch Diskussionen im Parlamentarischen Rat, noch die ehrliche Absicht bestand, aufgrund der deutschen Geschichte, grundsätzlich alle politisch Verfolgten zu schützen?

Fried: Ja, ja natürlich. Aber die Grundrechte wurden nicht geschaffen, das ist wesentlich, sondern die Grundrechte wurden als die natürlichen Rechte der Menschen anerkannt.

Man kann Grundrechte nicht schaffen und daher auch nicht abschaffen, sondern man kann sie nur entweder anerkennen oder brechen. Das ist ein wichtiger Unterschied. Wir haben sie nicht geschaffen, sondern wir haben nur als Menschen anerkannt, daß sie ein Teil der Menschenrechte sind, die bestehen, und daher kann man diese Grundrechte nicht abschaffen und Bestimmungen, die versuchen die Grundrechte zu umgehen, sind menschenfeindliche und menschenrechtsfeindliche Bestimmungen. Man muß diese Dinge in aller Schärfe sagen, sonst werden sie durch juristische Sprache bemäntelt und die Dinge werden sozusagen schmackhaft gemacht, um die Rechte zu verschlechtern und zu brechen.

wub: Inzwischen ist das Grundrecht auf Asyl knapp 40 Jahre alt. Die Erinnerung daran, daß Menschen unter Todesangst aus Deutschland flüchten mußten, wird vielfach verdrängt. Innenminister Zimmermann hat gesagt, er habe es sich abgewöhnt, sich tagtäglich dafür zu entschuldigen, daß es Hitler gegeben hat, und er könne auch nicht sehen, was das Schicksal der Iraner, Iraker oder der Tamilen mit dem Nationalsozialismus in Deutschland zu tun habe.

Fried: Herr Zimmermann braucht natürlich nicht an Hitler erinnert zu werden. Er hat schon in eigener Regie gegenüber Asylanten Schändlichkeiten begangen, die ich verbrecherisch finde. Es ist ganz richtig, daß einer, der selbst genug Dreck am Stecken hat, nicht noch an anderes erinnert werden muß.

wub: Das klingt hart.

Fried: Er gehört zu den Staatsmännern, die der Bundesrepublik international Schande machen, zum Beispiel durch sein Vorgehen gegen Asylanten, durch sein Verhalten gegenüber den von der Todesstrafe bedrohten Chilenen, die Norbert Blüm herausholen und hier aufnehmen wollte, und er sagte nein, man solle dies nicht tun.

## „Menschenliebe mit beschränkter Haftung“

wub: Erinnern Sie selbst sich noch an Ihre Flüchtlingszeit unter Hitler? Sie mußten ja damals auch – wie das heute wieder verlangt wird – ein Visum erst mal beantragen, um aus- bzw. nach England einreisen zu können.

Fried: Ja. Es war immer so: Je größer der Andrang von Flüchtlingen war, je größer die Not der Menschen, desto salbungsvoller wurden zwar die Worte der Politiker, die Mitleid mit diesen Menschen hatten, aber desto strenger wurden die Einreisebestim-



Das nachfolgende Gedicht wurde entnommen aus: Erich Fried, „Vorübungen für Wunder“. Wagenbach-Taschenbuch Nr. 143; Berlin, 1987

### Herrschaftsfreiheit

Zu sagen  
„Hier herrscht Freiheit“  
ist immer  
ein Irrtum  
oder auch  
eine Lüge:

Freiheit  
herrscht nicht

Erich Fried

mungen gestaltet. Die Länder – ob Schweiz oder England und Amerika – haben alle Menschenliebe mit sehr beschränkter Haftung durchgeführt. Sie haben auch die Meinung gehabt, daß durch die Zahl von Flüchtlingen, die aufgenommen werden, die Arbeitslosigkeit vergrößert wird. Das ist natürlich ein wirtschaftlicher Fehlschluß, denn wenn Leute ins Wirtschaftsleben eingeschaltet werden und normal Geld verdienen, zu denselben Bedingungen wie andere, dann wird auch die Kaufkraft dieser Leute entsprechend erhöht und sie bilden einen Teil des Innenmarktes und des Konsums.

wub: Auch in Deutschland ist in jüngster Zeit verstärkt davon die Rede, daß die „Grenze der Belastbarkeit“ – auch finanziell gesehen – erreicht oder gar überschritten sei. Man müsse deshalb einschränken und jene aussieben, die einfach aus wirtschaftlichen Gründen in unser Land wollen.

Fried: Auch wer einfach aus wirtschaftlichen Gründen reinkommt, d. h., daß die Zustände in seinem Land ihm das Verhungern vor Augen stellen, der hat legitime Motive. „Wirtschaftliche Gründe“, das heißt, daß man aus wirtschaftlichen Gründen sonst sein Leben verliert und „politische Gründe“, daß man aus politischen Gründen umgebracht wird. Das sind ungefähr gleich starke Motive, wenn man am Leben bleiben will und wenn man will, daß seine Kinder am Le-

ben bleiben, um von der Freizügigkeit des Menschen Gebrauch zu machen und irgendwo anders hinziehen zu wollen. Dies zu brechen durch Gesetze ist immer ein Verbrechen gegen die Menschheit.

wub: Neben der Angst vor Überlastung wird gegenwärtig viel von der drohenden „Überfremdung“ durch Menschen anderer Völker, anderer Kulturen gesprochen. Ist das eine speziell deutsche Angst?

Fried: Dieses Wort „Überfremdung“ hat wirklich dieselben Wurzeln, wie die Gedanken der „fremdrassigen“ Einflüsse oder der „Rassenreinheit“, daß ein Land „judenrein“ sein soll usw.

Hitler hatte sich ja nicht nur gegen Juden, sondern auch gegen Neger und gegen Zigeuner gewendet. Zigeuner wurden bekanntlich ja auch vergast. Und der Gedanke der Überfremdung geht eigentlich von der Fremdenfeindlichkeit aus. Wenn man nicht fremdenfeindlich ist, dann denkt man gar nicht in solchen Kategorien. Also die Leute verraten sich schon durch ihre eigenen Vokabeln.

Aber man muß wissen, daß hier auch die meisten Staaten Unrecht begehen, und Unrecht, das zum Tod von Menschen führt, das ist ein Verbrechen. Anders verkleistert man die Gegensätze und verniedlicht die Situation.

## „Bürokratische Todesfallen“

wub: Nochmal zurück zum Visum. Für mich stellt sich immer die Frage: Wie soll eigentlich jemand, der wegen seiner politischen Oppositionshaltung auf der Flucht ist, jetzt auch noch ein offizielles Ausreisevisum kommen?

Fried: Das sind bürokratische Todesfallen, die da gebaut werden. Das ist natürlich völliger Unsinn. Man hat auch immer gesehen, als es kalten Krieg gab, da wurden die Leute z. B. aus dem Osten zunächst mal ohne weiteres aufgenommen und mußten kein Visum haben. Wenn man aber mit irgendeinem menschenfeindlichen Staat, wie mit der Türkei oder Pinochets Chile usw., aus diplomatischen Gründen auf gutem Fuß steht, dann brauchen die Leute plötzlich Visa und die Behörden dieses Mörderstaates wurden als Amtskollegen unserer Leute anerkannt und es wurde ihnen auch vielfach hinter den Kulissen Amtshilfe geleistet.

wub: Ist bei der Praxis des Visumzwangs nicht zu befürchten, daß die Menschen in dunkle Kanäle gezwungen werden, praktisch in die Illegalität?

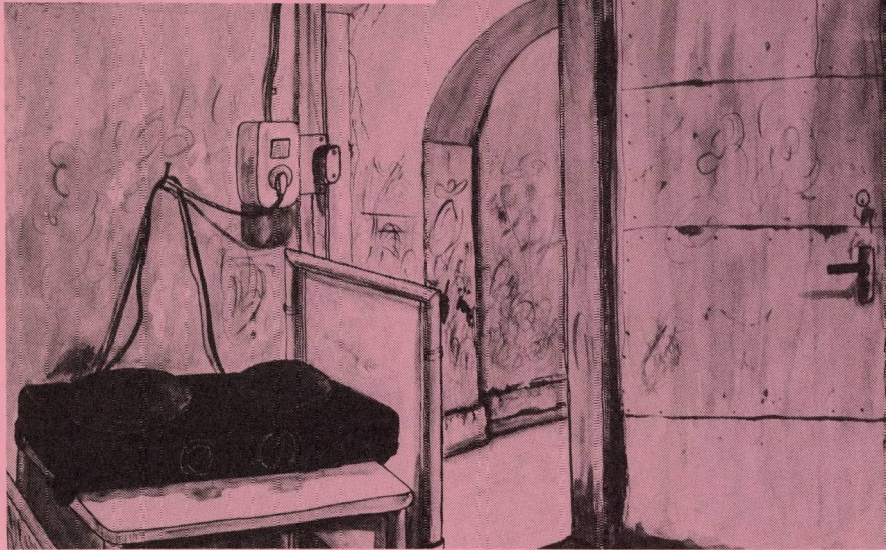
Fried: Natürlich. Wenn die Gesetze verbrecherisch sind und es auf Leben und Tod geht, dann versucht man eben, diese Gesetze zu umgehen.

Es gereicht deutschen protestantischen Geistlichen international zur Ehre, daß sie aufgefordert haben – z. B. auch der Berliner Bischof Scharf – diese Asylantengesetze einfach zu brechen und Asylanten, die abgeschoben werden sollen, einfach zu verstekken. Das ist die einzige richtige Konsequenz aus den Erfahrungen des Hitlerreiches, und einer, der lieber nicht daran erinnert werden will, wie Zimmermann, der wird schon seine Gründe dafür haben.

Also wenn man dagegen ankämpft, dann muß dieser Kampf ein entschiedenerer sein und einer, der nicht nur administrative Korrekturen zum Ziel hat, sondern moralische Opposition. Sonst macht man sich mitschuldig an diesen Verbrechen.

wub: Herr Fried, herzlichen Dank.





Innenansicht: Zeichnung eines Asylbewerbers.  
Fotos: Hartmann

## „Du mir geben Fahrrad!“ Als Zivi im Flüchtlings- wohnheim

Von ZDL Andreas Hartmann, Tübingen

Es ist eines der markantesten Gebäude in Tübingen – erbaut 1871 im Stil der italienischen Renaissance als Kaserne erst württembergischer, dann preußischer, faschistischer und zuletzt französischer Truppen, 1981 schließlich von der Regierung Späth auserkoren als „zentrale Auffangstelle“ für Flüchtlinge, „Asylanten“: die Thiepval-Kaserne.

Das Heim – aber wer nennt es Heim, das Wort kommt doch von Heimat – das Lager also, ist ein Moloch. Groß, alt, verfallen, schmutzig, beschäftigt es allein in der Verwaltung 25 Personen: Pförtner, Hausmeister, Beamte, Krankenbruder und -schwester, im Winter 3 Heizer, die Kohle in die unter Denkmalschutz stehende Heizungsanlage schaufeln.

Für das Diakonische Werk arbeiten 4 Sozialarbeiter/innen, eine Deutschlehrerin, zwei Praktikantinnen und zwei Zivis, zuständig für eigentlich cirka 200 Flüchtlinge. Für so viele ist das Lager in etwa eingerichtet. Bewohnt wird es aber im Moment von über 400 Menschen aus aller Welt – Polen, Tschechen, Jugoslawen, Türken, Kurden, Iranern, Irakern, Afghanen, Vietnamesen, Libanesen, Arabern, Äthiopiern und Schwarzafrikanern aller Altersstufen, Familien, Geschwistern und Einzelstehenden, hauptsächlich sind es jedoch junge Männer in meinem Alter, die vor politischer Verfolgung, der Einziehung in die Armee (sehr verständlich!) und in den Krieg, aber auch vor wirtschaftlicher Not oder Arbeitslosigkeit fliehen. Kaum einer flieht „grundlos“.

Was mein Kollege Hermann und ich so tun, ist eigentlich das (leider) Zivi-Übliche, so ungewöhnlich unser Arbeitsplatz auch sein mag. Hermann ist gelernter Zimmer-

mann und schmeißt deshalb Fahrrad- und Schreinerwerkstatt. Ein Grund, weshalb er andauernd von kreischenden, schreienden Kindern (im Moment ca. 120) belagert wird, die im Chor brüllen: „Hermann, du mir geben Fahrrad!“ oder „Du geben Abdullah ein Fahrrad! Ich auch Fahrrad!“ oder „Kaputt! Fahrrad kaputt!“ Ansonsten gibt es an Arbeit eine ganze Menge, unter anderem ein Pressearchiv ordnen, alle möglichen Fahrdienste erledigen, zwei Mal die Woche eine Teestube aufmachen etc., etc. Wegen der momentanen Überbelegung bleiben viele interessante und wichtige Dinge auf der Strecke.



ZDL Hermann bei der Arbeit in der Fahrradwerkstatt.

## „Wir haben kein Zuhause.“

Wichtig ist mir vor allem auch der Kontakt zu den Flüchtlingen, das persönliche Kennenlernen, auch (aber nicht bei allen) Freundschaft mit ihnen. Bei jetzt 450 Leuten sehr schwierig! Aber so ein paar kleine Episoden:

– Wir sind beim Baden am Baggersee. Reza fragt mich: „Andreas, fahren wir nach Hause?“ Isad hat zugehört, sagt dann zu Reza: „Halt! Das ist falsch. Das darfst du nicht sagen. Wir haben kein Zuhause. Du mußt sagen: Wann fahren wir zurück in das Lager?“

– Vergangene Woche saß ich mit einem kleinen, dunkelbraunen eriträischen Kind auf dem Knie auf einer Treppe. Ein kurdisches Kind (weiß) lief vorbei. Ob es sich zu dem schwarzen Kind setzen wolle. Antwort von Kandi, 4: „Nein, das da schmutzig und schlecht!“ Rassismus ist so international.

Die Afghanen werden seit neuestem fast alle abgelehnt. Natürlich wollen sie, daß ich ihnen die Ablehnungsbegründung, in Beamtendeutsch verfaßt, einfach erkläre. Es gibt da zwei verschiedene Argumente. Das eine, daß ein Mann zu lange (einen Monat) in Pakistan war und dort, laut Behörde, dann ja hätte bleiben können. „Aber Andreas, von Kabul aus können wir nicht fliegen. Dort fängt uns die Polizei!“ Das andere Argument ist eine ganze Kette von Schlüssen. Es wird angenommen:

1. Der afghanische Staat existiert immer noch, die Regierung Karmal ist legitim.

2. Jeder Staat darf seine Macht sichern.

3. Wer Flugblätter gegen den Staat verteilt oder sich sonstwie gegen die Regierung zur Wehr setzt, (als Widerstandskämpfer mit Gewalt, zum Beispiel) gefährdet den Staat in seiner Existenz.

4. Der Staat hat das Recht, sich gegen so etwas zu schützen, auch vorbeugend!

5. Da das afghanische Volk sich gegen den Staat auflehnt und der Staat gegen das Volk vorgeht, hat ein Einzelner (ob Flugblattverteiler oder nicht) nicht mehr zu ertragen als die Gemeinschaft.

6. Aus diesem Grunde abgelehnt. „Andreas das ist nicht gut.“

## Mitleid bringt nichts.

Iranern legt das „Bundesamt für die Anerkennung (haha!) politischer Flüchtlinge“ häufig nahe, zurückzukehren und zu bereuen. Denn, Zitat Bundesamt: „kleine Verfehlungen würden im Iran verziehen werden“. Na ja. Es bleibt noch zu sagen, daß man bei der Arbeit mit Flüchtlingen viel lernen kann, sicher auch oft enttäuscht wird, daß man sich dadurch jedoch nicht entmutigen lassen sollte. Vielleicht macht diese Asyl-Ausgabe der wub auch Mut. In jeder Stadt Baden-Württembergs mit über 10 000 Einwohnern (und das sind oft Kaffs), in anderen Bundesländern sogar in Dörfern, sind Asylbewerber untergebracht. Die meisten klagen darüber, praktisch keinen Kontakt zu Deutschen zu haben. Mach mit – mach den ersten Schritt!

Klar, es ist eine blöde Situation, das erste Mal einfach zu Fremden zu gehen. Das kostet Überwindung. Mitbringen sollte man Herzlichkeit, Offenheit, Interesse, zu Hause lassen Mitleid und Vorurteile. Vorurteile bringt, wenn jemand sie bemitleidet.

Wäre toll, wenn auch nur ein einziger Leser, der noch nie Kontakt zu Flüchtlingen hatte, daraufhin einmal ins Asylantenwohnheim des Ortes gehen würde und sich umschaute.

In diesem Sinne  
ZDL Andreas Hartmann



# Der Fall Namrud aus Eritrea

oder Die Geschichte eines politisch Verfolgten und seiner Erfahrungen mit dem Zufluchtsland Bundesrepublik Deutschland

Von Reinhild Hertlein, Stuttgart

Namrud (der Name ist geändert) stammt aus Eritrea, ist 43 Jahre alt, verheiratet, Vater von 5 Kindern. Er wurde in einer protestantischen Missionsschule erzogen, lebte in der eritreischen Hauptstadt Asmara und unterhielt dort bis zu seiner Flucht ein Lebensmittelgeschäft.

Seit 27 Jahren kämpfen eritreische Befreiungsbewegungen gegen Übergriffe des Nachbarstaates Äthiopien, das die Eritrea 1950 durch UN-Dekret zugesagte Selbstverwaltung nie respektiert hat, sondern das Land sukzessive

ches Gerichtsverfahren vorangegangen wäre. Freunde bekamen auf dieselbe Weise lebenslängliche Haftstrafen oder wurden hingerichtet, Namrud sollte durch Folter zur Preisgabe von Namen und Fakten gezwungen werden; Verletzungen an Armen, Schultern und Rücken legen Zeugnis dafür ab.

Im September 1984 drohte ihm nach einem EPLF-Angriff auf Asmara eine weitere Verhaftung, so daß er sich gezwungen sah, Heimat, Frau und Kinder zu verlassen und in einem vierzehntägigen Fußmarsch in den Nachbarstaat Sudan zu fliehen. Der Grenzübertritt zum Sudan ist für Eritreer die einzige Möglichkeit, das Land zu verlassen angesichts der geographischen und politischen Lage: Eritrea ist begrenzt vom Roten Meer, der nicht passierbaren Wüste Dankal, dem feindlichen Äthiopien und schließlich dem Sudan.



Foto: Storz/Graffiti

besetzt hat mit Waffengewalt, unterstützt von der Sowjetunion und Kuba, im Interesse eines Zugangs zum Roten Meer und aus strategischen Gründen.

Die eritreischen Befreiungsbewegungen ELF und EPLF haben sich zwei Dinge zum Ziel gesetzt und werden in ihrer Arbeit vom Volk unterstützt: Ein selbstbestimmtes, blockfreies Eritrea, und der Aufbau einer neuen Gesellschaft mit demokratischen Grundrechten wie Presse-, Meinungs-, Religions-, Versammlungsfreiheit, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Aufbau eines Bildungs- und Gesundheitswesens.

Dieser Befreiungsbewegung schloß sich Namrud 1974 an, als nach dem Sturz des Kaisers Heile Selassie durch äthiopisches Militär klar wurde, daß der DERG, die neue marxistisch-leninistische Militärregierung, Eritrea ebenso wenig zu seiner ihm einst zugesicherten Eigenständigkeit verhelfen werde. Namrud arbeitete in Asmara für die EPLF, unterstützte sie finanziell, bot Unterschlupf und Transport, übermittelte Nachrichten, vervielfältigte Flugblätter.

Für diese Tätigkeit mußte er dreimal ins Gefängnis, zuletzt für drei Jahre, ohne daß der Haft jemals ein ordentli-

Im dortigen Grenzgebiet leben mehrere Hunderttausende von Flüchtlingen (Dez. 1984 690 000 zuzügl. Zehntausende, die vom UNHCR direkt betreut werden), es herrscht äußerste Not, es mangelt an Nahrung, Kleidung, Behausungen; die Flüchtlinge sind auf Unterstützung von internationalen Hilfsorganisationen angewiesen, die sie oft aber gar nicht erreichen. Aussicht auf Integration in diesem Land, das zu den ärmsten der Welt gehört und mit den größten Anteil an Flüchtlingen zu verzeichnen hat, besteht faktisch und rechtlich nicht, die Sicherung eines menschenwürdigen Daseins oder einer eigenen Existenz ist ausgeschlossen.

Namrud floh deshalb weiter in die Bundesrepublik, wo er am 25.2.1985 in Karlsruhe ankam und seinen Asylantrag stellte.

Nun folgten 23 Monate des Wartens bis zu seiner Anhörung vor dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, Außenstelle Karlsruhe, am 15. Januar 1987.

Die Anhörung in Karlsruhe verläuft in angenehmer Atmosphäre, Namrud steht Rede und Antwort und überzeugt durch die vorgelegten Dokumente (z. B. Entlasspapier aus dem Gefängnis,

ärztliches Attest über die bei den Folterungen erlittenen Verletzungen). Er wird als politisch Verfolgter anerkannt und bekommt die mündliche Zusage, daß seiner Bitte um Gewährung von Asyl aufgrund seiner persönlichen Vita entsprochen werden könne. Der schriftliche Bescheid sollte ihm innerhalb von 1 bis 2 Wochen zugestellt werden.

Namrud freut sich, alle anderen mit ihm, zumal die Wartezeit von 23 Monaten bis zur Anhörung vor dem Bundesamt ungewöhnlich lang war (viele Asylbewerber werden innerhalb der ersten 4 Monate geladen). Er hatte unter der Wartezeit zwar gelitten, sie aber klaglos hingenommen, vertrauend auf den demokratischen Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland, in dem er sich - wie die Entscheidung vom 15.1.1987 zeigt - berechnete Hoffnung auf Anerkennung als politischer Flüchtling machen durfte. In den Sammelunterkünften in Crailsheim und seit November 1985 in Korntal-Münchingen kümmerte er sich um die seelischen und praktischen Nöte seiner meist jüngeren Landsleute, knüpfte Kontakte zu den Asylbewerbern aus anderen Ländern, die ebenfalls in der Baracke lebten, zu der kirchlichen und städtischen Gemeinde am Ort, war der Ansprechpartner des Sozialamts in Asylfragen, man nannte ihn den „Vater der Baracke“.

Und dieser Mann sieht sich nun aufgrund der neuen Rechtslage um seine Hoffnung auf Anerkennung, bzw. um seine ihm schon mündlich zugesagte Anerkennung betrogen, da er - wegen des einzigen ihm möglichen Fluchtwegs - durch ein Drittland, den Sudan, kommen mußte. Hintergrund ist die Gesetzesänderung von Jan. 1987, die besagt, daß ein Flüchtling, der auf seinem Fluchtweg in die BRD durch ein Drittland kam, das ihn nicht in den Verfolgerstaat abgeschoben hätte, in unserem Land keine Anerkennung als Asylberechtigter bekommen wird. Diese Gesetzesänderung gilt rückwirkend. Namrud - und mit ihm Hunderte von Asylbewerbern - trat vor zwei Jahren unter anderen Voraussetzungen hier an und wird nun ein Opfer dieser unseligen Gesetzesänderung, die ohne Übergangsregelung, just am Tage seiner erfolgreichen Anhörung und Anerkennung in Kraft tritt und ihn von der Gewährung von Asyl ausschließt.

Namrud und seine Leidensgenossen haben nun Jahre ihres Lebens - klaglos - auf engstem Raum in Gemeinschaftsunterkünften verbracht, ohne Arbeit, ohne Schule, ohne Bewegungsfreiheit, nur mit der Hoffnung auf Anerkennung - war das alles umsonst?

Sie haben Jahre verbracht, zwar in Sicherheit, für die Namrud und alle anderen dankbar sind, in rechtsstaatlichen Verhältnissen, wie sie sie sich für ihr Heimatland erträumen, in einem Staat, den sie bewundern und von dem sie glaubten, man könne ihm vertrauen - oder etwa doch nicht? ■



# THEMA

## VERFASSUNGSRECHT ASYL gewährleisten!

### Vorschläge für eine zukünftige Asylpolitik.

Von Klaus Henning Rosen, Bonn\*

Eine zukünftige Asylpolitik muß an der Gewährleistung des Verfassungsrechts auf Asyl ausgerichtet sein. Was uns fehlt, ist ein in sich geschlossenes Konzept für eine Asylpolitik. Hier haben Regierungen und Parteien in der Vergangenheit versagt; was sich Asylpolitik nannte, stellte sich mehr als Reflex auf die Höhe der jeweiligen Bewerberzahlen dar. Im Rahmen dieses Beitrages geht es nicht an, ein solches „Konzept“ detailliert vorzustellen, ich darf mich deshalb auf einige wenige Aspekte beschränken.

#### 1. Die Einreise- möglichkeit sichern.

Die Einreise von Flüchtlingen zum Zwecke der Inanspruchnahme des Asylrechts ist zu sichern, weshalb die bisher praktizierte Sichtvermerkpflcht auf restriktive Wirkungen hin überprüft werden muß.

#### 2. Das Verfahren beschleunigen.

Das Asylverfahren ist nachhaltig zu beschleunigen, weil nur rasche Entscheidung über die Berechtigung eines Ansehens um Asyl das Asylrecht stärkt: Jahrelange Ungewißheit darüber, ob ein Bewerber Anspruch auf Asyl hat oder nicht, ist nicht geeignet, das Vertrauen in dieses Recht zu erhöhen. Beispielsweise könnte daran gedacht werden, daß man nach der Herkunft eines Asylbewerbers die Länder festlegt, bei denen der Beweis des ersten Anscheins für das Vorliegen politischer Verfolgung spricht. In allen anderen Fällen trifft den Antragsteller eine erhöhte Beibringungs- und Beweispflicht.

#### 3. Das Arbeitsverbot aufheben.

Der Asylgarantie stehen Einschränkungen der Freizügigkeit entgegen, die in den letzten acht Jahren verfügt wurden. Deshalb sind nicht nur die Unterbringung in Sammelunterkünften, sondern auch vor allem die Aufenthaltsbeschränkungen auf die Umgebung einer Sammelunterkunft oder den Wohnsitzkreis wieder zu beseitigen. Es ist gut zu wissen, daß bei den Beratungen des Grundgesetzes Wert darauf gelegt wurde, das allgemeine Freiheitsrecht aus Art. 2 GG solle für jedermann, also nicht nur für Deutsche gelten. Folglich kann auch das Arbeitsverbot, das durch die jüngsten Beschlüsse der Bundesregierung für Asylbewerber für den Regelfall auf 5 Jahre sogar noch ausgedehnt wurde, keinen Bestand haben.

Die Sorge, der Arbeitsmarkt würde durch die Aufhebung des Arbeitsverbots einem unerträglichen Druck ausgesetzt, ist nach Expertenmeinung nicht gerechtfertigt. Ohnehin steht nur ein Teil aller Asylbewerber überhaupt dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Jedes Arbeitsverbot birgt zudem die



Asylsuchende vor dem Frankfurter Ordnungsamt. Foto: dpa

Gefahr von illegaler Arbeitsaufnahme in sich. Da die Praxis bestätigt, daß die überwiegende Zahl der Flüchtlinge innerhalb kürzester Zeit in die Heimatländer zurückkehrt, kann man dann auch daran denken, ihnen während ihrer Anwesenheit in der Bundesrepublik Deutschland durch gezielte Ausbildung die Chance zur beruflichen Qualifikation zu geben, was zudem ein Beitrag zur Entwicklungshilfe wäre. Entwicklungshilfe kann des weiteren geleistet werden, wenn den zahlreichen Studenten unter den Flüchtlingen wieder die Chance zur Aus- und Fortbildung eingeräumt wird, was ihnen nach dem derzeit geltenden Recht verboten ist.

#### 4. Die Lasten verteilen.

Der zweite, wesentliche Schritt für eine Stärkung des Asylrechts liegt in dem Bemühen um eine Verteilung der den Ländern der Ersten Welt durch die Flüchtlinge entstehenden Lasten. Es ist in der Diskussion der letzten Monate zu Recht darauf hingewiesen worden, daß die wohlhabenden Länder, die aus naheliegenden Gründen Ziel der Flüchtlinge sind, sich gemeinsam um eine Lösung der Weltflüchtlingsfrage bemühen müssen. Es kann nicht der Sinn von Flüchtlingspolitik sein, Flüchtlinge, wie es in den letzten Monaten der Fall war, von Land zu Land hin- und herzuschieben. Wahrscheinlich läßt sich eine Lösung nur in der Weise finden, daß die zur Hilfe fähigen Staaten mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen Quotenregelungen ausarbeiten, wie sie sich in der Vergangenheit – bezogen auf Gruppen von Flüchtlingen – als nützlich erwiesen haben.

#### 5. Auf die Verursacher der Flüchtlings- bewegungen einwirken.

Flüchtlingspolitik macht weiterhin nur dann Sinn, wenn sie sich ernsthaft das Ziel setzt, soweit wie möglich Gründe für die Fluchtbewegungen zu beseitigen.

Von allzu weitreichenden Maßnahmen der Völkergemeinschaft bei der Krisenverhinderung darf natürlich nicht ausgegangen werden. Die Konflikttherapie, von denen derzeit die Flüchtlingsbewegungen ausgehen, liegen meist in Ländern der Dritten Welt. Eine direkte Einflußnahme könnte den Eindruck eines neuen Kolonialismus erzeugen. Gleichwohl kann es der Völkergemeinschaft nicht gleichgültig sein, wenn Konflikte in einzelnen Staaten zu Belastungen anderer Völker führen. Die moralische Verpflichtung zur Hilfe ist eine Seite, die andere aber ist, daß man auf die Verursacher solcher Fluchtbewegungen einwirkt, damit es den Menschen erspart bleibt, Zuflucht und Hilfe in anderen Ländern zu suchen.

Die Chancen der Vereinten Nationen sind noch viel zu wenig genutzt, und wir müssen uns fragen, ob wir nicht häufiger eine Streitschlichtung wagen sollten.

#### 6. Höhere finanzielle Anstrengungen.

Zur Flüchtlingspolitik gehört es schließlich auch, die Möglichkeiten der „Regionalisierung“ auszuloten. Oft genug ist dieser Begriff wie eine Zauberformel genutzt worden, als ob mit deren Hilfe die Wanderung von Flüchtlingen nach Norden mit einem Schläge unterbunden werden könne. Richtig ist in Wahrheit, daß man seit jeher versucht, Flüchtlingsprobleme „in der Region“ zu lösen. Bekanntlich gelingt es nur einer Minderzahl von Flüchtlingen, etwa 5 Prozent, aus der Dritten Welt in die Länder der Ersten Welt zu gelangen. 95 Prozent bleiben in Grenznähe jener Länder, aus denen sie vertrieben worden oder aus denen sie geflüchtet sind. Dafür läßt sich das „Argument ins Feld führen, daß Flüchtlingen damit Kulturbrüche, einschneidende Veränderungen des heimischen Klimas erspart bleiben. Der Ruf nach Regionalisierung wirkt aber leider so, als wollten die reichen Länder der Ersten Welt die Lösung von Flüchtlingsproblemen auf Länder der Dritten Welt abwälzen, die zum Teil Fremde in Millionenhöhe beherbergen müssen. Dies bringt tatsächlich eine Einschränkung an Souveränität mit sich. Das gerade hierzulande gern verwendete Argument, die „Belastungsgrenze“ sei erreicht, ist irrig: Der Anteil der Flüchtlinge an der Gesamtbevölkerung betrug Ende 1985 beispielsweise in Somalia 13,6 Prozent, im Iran 4,7 Prozent, im Sudan 3,6 Prozent, in Pakistan 2,8 Prozent. Die Bundesrepublik Deutschland nimmt sich mit einem Anteil von deutlich unter 1 Prozent recht bescheiden aus. Und: es wird auch zu gern vergessen, daß wir mit diesem Anteil in Europa keinesfalls an der Spitze der Länder liegen, die die Flüchtlingsprobleme lindern helfen. Schweden und die Schweiz sind – bei allen Bemühungen um Begrenzung – nach wie vor aufnahmefreudiger als wir.

Eine aktive Flüchtlingspolitik, die letztlich auch zu gültigen Lösungen führt, ist nicht wohlfeil zu haben, sie verlangt von den wohlhabenden Ländern der Ersten Welt erheblich höhere finanzielle Anstrengungen, als sie derzeit geleistet werden. ■

\* Klaus Henning Rosen, Jahrgang 1938, Ministerialdirigent, ist Leiter des persönlichen Büros von Bundeskanzler a. D. Willy Brandt im Bundeshaus und Stellv. Vorsitzender der Deutschen Stiftung für UNO-Flüchtlingshilfe.

#### Literaturhinweis:

Der für wub zusammengefaßte obige Beitrag wurde mit freundlicher Genehmigung des Autors und des Verlages entnommen aus: Klaus-Henning Rosen (Hrsg.), Jahrbuch der Deutschen Stiftung für UNO-Flüchtlingshilfe 1987, Nomos, Baden-Baden 1987, S. 23-27



### wub Nr. 4/87 „Zu deutschen Nachbarn“ Leserbericht von ZDL Christian Härtel

Da ich letzten Sommer ebenfalls Verwandte in der DDR besuchte, habe ich Christian Härtels Impressionen seiner Reise interessiert gelesen.

Ich möchte nur hinzufügen, daß es in der DDR doch Gruppen gibt, die das Problem des Umweltschutzes – mag dieser auch im öffentlichen Bewußtsein der Gesamtbevölkerung kaum verankert sein – sehr kritisch an- und aussprechen (was auch die jüngsten Übergriffe in Ostberlin gezeigt haben). So sah ich in zwei Kirchen (in der Dresdner Kreuzkirche und in einer kleineren Stadt) gut aufgemachte und informative Stellwände, die erste Einblicke in die Umweltverschmutzung gaben, in der Kreuzkirche wurde zusätzlich das konkrete Beispiel der Elbverschmutzung mittels Wasserproben und Erklärungen dargestellt. In der anderen Kirche konnten die Besucher ihre Eindrücke auf ein Blatt niederschreiben, die ebenfalls kritisch, z. T. scharf formuliert waren.

„Wann endlich werden den großen sozialistischen Worten endlich Taten folgen?“ Im Zug sagte dann ein junger Elektriker augenzwinkernd zu mir (sinngemäß): „Aber mit Tschernobyl, das habt ihr ja schön aufgebauscht... dabei war das doch ungefährlich.“

ZDL Knut Neumann, Waldshut

Christian Härtels Reise in die DDR und sein Bericht lockt hoffentlich noch manchen Zivi, statt nach Athen oder Rom nach Berlin-Ost, Leipzig, Dresden, Rostock, Greifswald zu fahren. Man sieht ja, es geht!

Nur sollte ein anschließender Bericht ehrlich subjektiv ausfallen und sich vor negativen Pauschal-Urteilen, die überdies nicht stimmen, in acht nehmen. Christian Härtel schreibt: „Ein Problem wie Umweltschutz z. B. ist hier (in der DDR) noch kein Thema.“ Ich weiß aus eigener Anschauung, daß dieses nicht stimmt: In der Dresdner

Kreuzkirche fand ich schon vor Jahren ganze Bildwände zum Thema Umweltschutz. Und nicht nur kirchliche Gruppen versuchen, dies Thema anzugehen. Auch staatliche Stellen haben das Problem erkannt, haben aber, z. B. infolge Rohstoff- und Devisenmangels, enorme Schwierigkeiten bei praktischen Maßnahmen.

Hermann Schäufele,  
Stuttgart

### Vorurteile abbauen

Liebe wub'ler, was macht der normale Wehrpflichtige? Nach fast einem Jahr Zivildienst weiß ich sehr genau, was Zivildienstalltag für mich bedeutet, aber was passiert mit meinen Alterskameraden in der Kaserne, was führen sie für ein Leben? Saufen Sie den halben Tag in ihrer Stube, robben sie wochenlang im Dreck? Wie ist der Umgangston, die Stimmung?

Aber auch in die andere Richtung wird wenig Wissen über den Alltag der „anderen“ vorhanden sein.

Dadurch entstehen die gängigen Vorurteile: da sind auf der einen Seite die faulen Drückeberger, auf der anderen Seite die grölenden Mitläufer, die nicht nachdenken.

Vor gut zwei Monaten, bei einem Seminar mit Zivildienstleistenden und Wehrpflichtigen, entstand – von beiden Seiten – die Idee, dem abzuhelfen. Und zwar dadurch, daß sich Zivildienstleistende und Wehrpflichtige wechselseitig bei ihrem Dienst begleiten. Soldat und Zivi erleben so für eine Woche den ganz normalen Alltag des anderen.

Diesen Vorschlag unterbreiteten wir auch dem Bundesamt für den Zivildienst. Doch von dort kam überhaupt keine Reaktion. Hiermit möchte ich der Sache eine etwas breitere Öffentlichkeit geben. Was halten denn andere Zivis von dieser Idee?

Mit herzlichen Grüßen,  
Jan Creuzberg

### wub Nr. 4/87, Info

Hallo wub-Redaktion!

Leider ist Euch in Ausgabe 4/87 im Bericht über die Straßenumbenennung in Buchholz (Rubrik 'Info') ein Fehler unterlaufen. Hermann Stöhr nahm als Angehöriger der kaiserlichen Marine am 1. Weltkrieg teil, war also nicht sein ganzes Leben lang Pazifist.

Da Stoehr, ein promovierter Volkswirt, am 4. Januar 1898 in Stettin geboren wurde, er also demnächst seinen 90. Geburtstag feiern könnte, hatte ich von Euch eigentlich einen ausführlicheren Bericht erwartet.

Als Mitarbeiter des Versöhnungsbundes und konsequenter Pazifist war er während der Nazizeit selbst für die innerkirchliche Opposition (Pfarrer-Notbund bzw. Bekennende Kirche) nur ein Störenfried, von dem sie sich immer wieder distanzierte. Nach seiner Inhaftierung lehnte die evangelische Kirchenleitung die Unterstützung eines Gnadengesuchs für Stöhr ab, der einen nichtmilitärischen Dienst akzeptiert hätte.

Leider ist Stöhr heute im Gegensatz zu prominenten NS-Opfern wie Bonhoeffer oder Stauffenberg den meisten Deutschen unbekannt. Zu Unrecht, wie ich meine, denn er gehörte zu den wenigen, die die Nazis von Anfang an aus moralischen Gründen ablehnten und nicht, wie z. B. Stauffenberg, angesichts der sich abzeichnenden totalen Niederlage durch die Ermordung Hitlers nur den Status Deutschlands als europäische Großmacht retten wollten.

Alles Gute für die Zukunft!

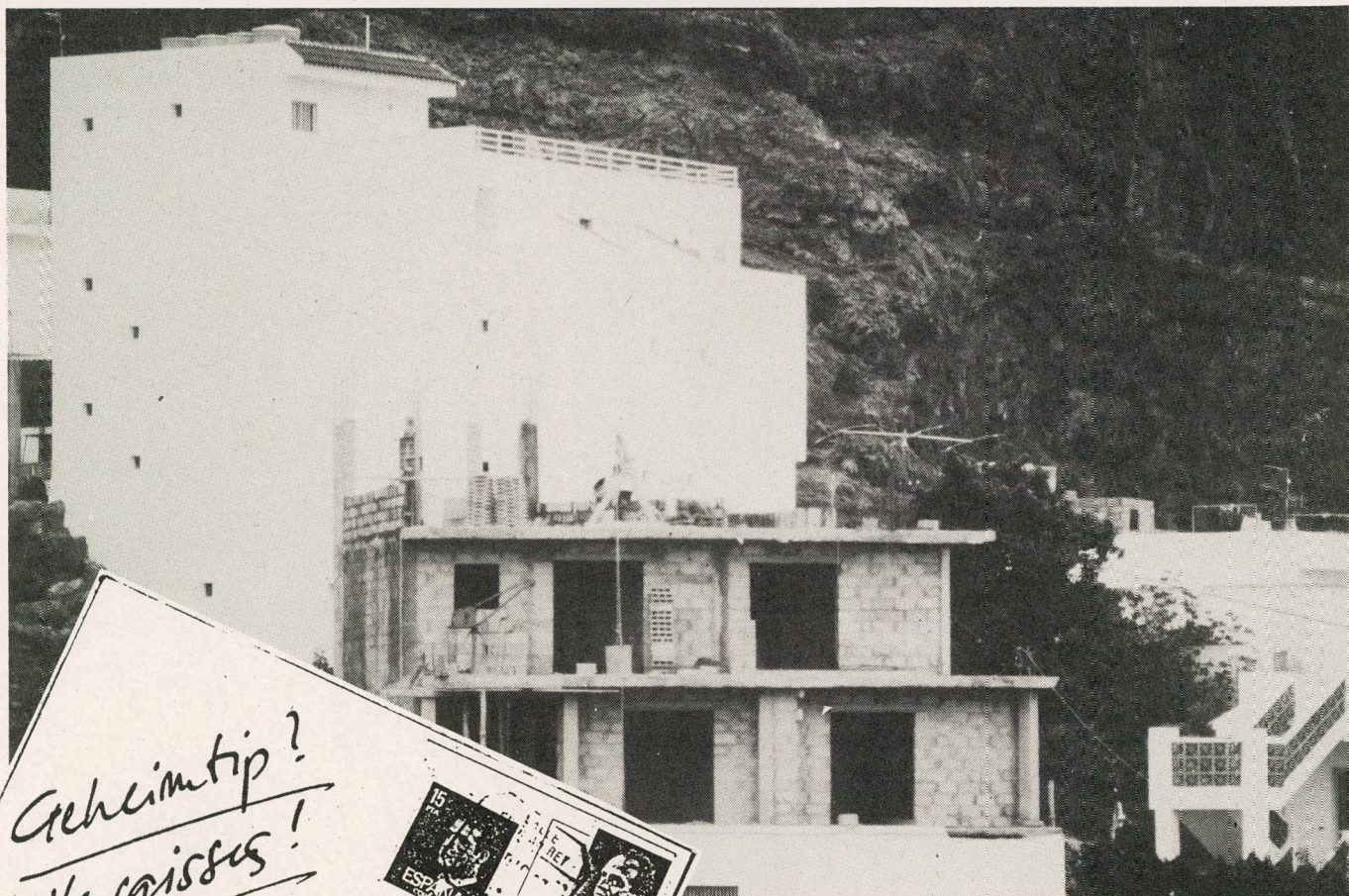
Günter Klatt, Stuttgart

Anm. d. Red.:

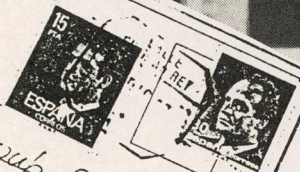
Ein ausführliches Portrait Hermann Stöhrs haben wir in wub 2/86 im Rahmen einer Buchbesprechung gebracht (Eberhard Röhm: Sterben für den Frieden. Hermann Stöhr und die ökumenische Friedensbewegung. Calwer-Verlag, Stuttgart, 1985). Die Buchbesprechung kann gegen Rückporto gerne bei der Redaktion angefordert werden.







*Geheimtip?  
Vergiss'es!  
Wulf*



*wub-Redaktion  
Ulrich Schulz  
Rosenbergstr. 45  
7000 Stuttgart 1  
Gerding*

EDITA: LIBRERIA BORBALAN - V. G. REY - FOTO: JUAN MONTESINO

Immer größer,  
schöner, neuer?  
Fotos: A. Emmerling

## Geheimtip? Vergiss'es!

**Kanaren-Experte Wulf Goebel \*  
über den Geheimtip La Palma –  
und warum für ihn ein Frust  
daraus geworden ist.**

Es sind ganz merkwürdige Abläufe: Erst kennt's niemand, dann wird es als Geheimtip hinter vorgehaltener Hand weitergegeben, von Mund zu Mund, wie eine künstliche Beatmung, und wenn die Saison rum ist, ist die Südküste Kretas „zugeschissen“ von diesen und jenen Leuten; meist von diesen. Und dann heißt es in den einschlägigen Altstadtkneipen: „Kreta? Kannste vergessen.“

Vorher sprach keiner von den Seychellen. Dann sprach der „stern“ von den Seychellen. Jetzt sprechen Anlageberater, Reiseunternehmer, Unterwasserfotografen und ganz gewöhnliche Leute von den Seychellen...

1953 kam das erste Auto nach Formentera. In der „Fonda-Pepe“ hängt seitdem das gelber werdende Foto. Heute riecht es noch im Dezember, noch nach den ersten Winterstürmen, die über die flachen Küsten gehen, nach Sonnenöl. Superbraun, Schutzfaktor 7, himalajabewährt. „Formi? Kannste inne Pfeife rauchen.“ Von Geheimtips soll also die Rede sein, von Mund zu Mund, Altstadtkneipen und Schutzfaktoren, von den Kanarischen Inseln. Diesmal von La Palma. San Miguel de La Palma, weit draußen.

Die windabgewandte Westseite der Insel, Puerto Naos. Ich sitze in Manolos alter Kneipe, gleich am Ortseingang rechts, wenn du reinkommst, die letzte Bude links, wenn du wieder rausfährst (uns war damals nie aufgefallen, daß der Ort eigentlich keinen Ausgang hat, wie sich das gehört für einen richtigen Ort; das hier aber ist kein richtiger Ort, das erinnert mittlerweile mehr an einen stark umbauten Wendehammer). Ungefähr nachmittags im warmen Licht. 4 große Ron Arehucas mit Zitrone und Wasser (das seidige Palma-Wasser, das jedenfalls noch immer), ziemlich gut drauf, light and easy: „Hallo, ihr Pappnasen daheim, schnell noch den Brief, die Seite runter, bevor ich breit bin; ungefähr alle 5 Minuten ein Moped mit durchbohrtem Topf, ahh.“

Ich weiß nicht, wann wir das letztmal zusammen hier waren, aber vieles ist anders geworden, und das Andere ist nicht unbedingt das Bessere, so wie's aussieht. Und das, was noch nicht anders ist, ist dabei, sich schnell und heftig zu verändern; die Hohlblockhütten mit den flachen Betondächern wurden aufgestockt, in den Gärten die auf-



geschnittenen Autoreifen als Blumenampeln; diese Art Bilder, wißt ihr, neu und arm. Sichtbar arm. Bestimmt ist das auf der ganzen Welt so. Du kannst São Paulo letztlich nicht von Tokio unterscheiden, von Manhattan, von Sidney; das eine sieht aus wie die Skyline des anderen, die Slums sind identisch, nahezu. Bloß hier meint man, am lieb-gewonnenen Urlaubsort, daß ausgerechnet hier die Uhren anders zu gehen hätten. Daß ausgerechnet hier das 20. Jahrhundert nicht an den Strand gespült werden möge wie der geborstene und unbrauchbare Plastik-Kanister, wie der aufgeplatzte Styropor-Schwimmkörper für Schlepp-Netze, wie die Super-Spar-Einkaufstüte mit der grünen und unverrottbaren Tanne drauf.

Manolo ist weg. Um irgendwo neu anzufangen. Nach Lanzarote sei er gegangen, heißt es. Die Ehe sei am Ende gewesen, sagt man; die schlanken deutschen Weiber. Seine Frau schlägt sich hier in einem Supermarkt durch. „Super-Mercado“, „Auto-Servicio“, wie Pilze sind sie aus dem steinigen Boden geschossen, Super-Selbst-Bedienung, das Schweigen am Drahtkorb und nicht mehr der gemüthliche Schwatz in den alten tiendas. Überall das gleiche langweilige Angebot, Trockenmilch, Thunfischbüchsen, Kekse, galletas, die nach nichts schmecken, es sei denn nach Pappe.

Billigstartikel also. Bei 40% Arbeitslosigkeit kannst du was anderes auch kaum in die Regale stellen. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt noch höher. Da wächst keine neue Käuferschicht nach, da wachsen Probleme nach.

Vorbei also auch die schier zeitlosen palabras an Manolos Küchentür, welchen Fisch und wie bereitet; guck mal den hier, Alfonso – oder den, Biguda, mit Kräutern oder mit Meersalz abgerieben. Die Vieja hier, fangfrisch, hat noch runde und nasse Augen, hier faß mal an: ist das 'n Fisch? – Jetzt kriegst du hier die Speisekarte in die Hand; spanisch und deutsch. Dafür gibt es keine cucarachas mehr, die wie die Erdnüsse krachen, wenn man drauftritt oder wie feines Biscuit-Porzellan. Vielleicht sind die ja mit Manolo nach Lanzarote. Solidarität, Anhänglichkeit, bei Küchenschaben weiß man nie.

Juan hat seine Bretterbude am Strand – wißt ihr noch, das blau gestrichene gemütliche Ding, das immer wie ein Eisenbahnwagen auf einem toten Gleis aussah, wie eine Freifahrt ins Blaue – abreißen müssen.

Er hat jetzt eine von diesen Kneipen, die eine Akustik haben wie eine alte Bahnhofsvorhalle. Muffiger Hall, wenn alle Züge durch sind. Oben an der Straße nach Todoque. Für 25 Pesetas kannst du auf einem Kindermotorrad in die untergehende Sonne brummen und blinken und hupen. Ahh, man sollte sowas wegsprengen. Ihre Majestät, die Sonne geht unter und äng, äng, äng, biep, biep, ännng, ännng, biep, dieses blöde Motorrad.

Hier kommt Nummer 5. Mit einem kalten Bier. Estrella Dorada, Goldstern-Bräu, me gusta.

Wo nichts war, ist Juans Kneipe. Die Straße weiter runter, die Tennisanlage, auch so ein Schmock. Noch weiter, in einer Kehre, als hätte einer ein volles Paket Papiertaschentücher aus dem fahrenden Auto geschmissen: eine Bungalow-Ballung. Keine Erde. Kein Grün. Kein Nichts. Nur der Wunsch nach Tourismus, Tourismus, Tourismus. Und schön viel Knete, mucho dinero.

Wo Juans Bude stand, tröpfelt jetzt die Süßwasserduche. Ja, Leute, es gibt jetzt Süßwasserduchen am Strand von Puerto Naos (und wer „in“ ist, nennt's P. N. so wie N. Y. oder L. A.), dies und drei Reihen Palmen. Die haben wirklich drei Reihen Palmen in den Strand von P. N. gesteckt – und Sonnenschirme und Papierkörbe. Die haben da wirklich eine Postkarte draus gemacht.

Dafür haben sie in der „Bar Naos“ die Preise verdoppelt und eine Kinder-Rakete an den Eingang gestellt. Da können sie dann für 25 Pesetas äng, äng, äng, biep-biep, ännng, Mierda.

Das alte Betongerüst, dieses angefangene Hotelskelett, das seit 15 Jahren das Bild von Puerto Naos dominierte, gibts nicht mehr. Sie habens gesprengt. Wie in einem alten Randy-Newman-Song, boom goes London, boom Paris, so ging kürzlich BOOM das

Ding vorn am Felsen hoch. Und warum? Weil da ein neues hin soll, größer und schöner und neuer. 800 Betten soll's haben, sagt man, eine großflächige Anlage, Grünzeugs, Palmen, ein Pool, Anlegesteg für Sailors, Surfers (und Butterfahrten in die Karibik). Und wie machen die das mit dem Wasser, wenn das Wasser noch immer in Privathand ist auf den Inseln? Und wer fährt die Scheiße weg? Und wohin? Oder werden die etwa den Dreck ins Meer pumpen, dorthin, wo die Touris baden? (In Tazacorte haben sie's so gemacht. Seitdem der Ort eine Kanalisation hat und zentral entsorgt wird, schwebt dieser Braunschleier im Meer; übrigen in Höhe des neuen Naturschwimmbeckens. Ein Riesenloch, das mit Riesenbetonmengen und Vermauerungen hingebastelt wird – bis im vergangenen Jahr bei einem West-Sturm ein paar Grundseen ein paar hundert Kubikmeter Geröll und Schotter und Felsen in die Baustelle warfen.)

Könnt ihr euch noch an die casetas von Puerto Naos erinnern, die kleinen luftigen Häuschen und bunten Hüttchen, in denen die Leute aus der Gegend ihre Sommermonate am Strand verbrachten mit Kind und Angelzeug und Paellapfanne? Ja? Abhaken! Die Sommerhäuschen haben sie kürzlich plattgewalzt, abgerissen, runtergemacht.

Da kommen apartementos hin und apartementos und apartementos. Und in die Erdgeschosse: eine Bar, eine Eisdielen, ein Süßwarenladen mit Zeitungen und Zigaretten, eine Autovermietung: rent-a-car, German spoken, rent-a-car, English spoken, rent-a-car, German & English spoken. Und Immobilien – und: zu verkaufen.

Und wenn du die Ohren aufmachst, in den Bars, am Strand, in der Stadt auf der Plaza, es summt die immergleiche Melodie: wer wem für wieviel wo welches Gelände mit wieviel Reibach verhökert hat, wer wem von welcher Gesellschaft eine Wasseraktie für wieviel verkümmelt hat, wer wem was für wieviel Prozent besorgt hat...

Im Moment sind die Direktflüge Thema und wie sie klappen und nicht klappen. Wie sich das Tourismusaufkommen verlagern wird und die Billigheimers hier einlaufen werden. Puerto Naos ist Thema und die 800 Betten. Die Landhökereien, die Deutschen, die den Palmeros die Insel unter dem Hintern wegkaufen und die Preise so in die Höhe treiben, daß die Einheimischen nicht mehr mithalten können.

Paco, Chano, Pepe, denkt dran, daß ihr das Land eurer Familien nur ein einziges Mal verkaufen könnt und dann nie wieder. Das wird nie wieder euers. Da werden nie wieder eure Ziegen drübergehen. Ihr werdet dort nie wieder Tagasaste schneiden, die grünen Zweige und den Feigenkaktus ernten. Das sollt ihr bedenken, auch wenn die Preise noch so verlockend sein mögen.

Sollte man darauf noch einen nehmen? Klar doch. Camarero...

Gomera, liest man in den Gazetten, soll nun doch seinen Flughafen bekommen. ■

\* Wulf Goebel, 1943 in Berlin geboren, hat in Frankfurt/M. Germanistik, Amerikanistik und Volkskunde studiert, arbeitet seit 1970 als freier Mitarbeiter für Rundfunk und Fernsehen, ist Kriegsdienstverweigerer und lebt seit 1982 auf den Kanaren „und sonstwo“.

Hier trifft sich die „Szene“





## Tiefflieger fördern Frühgeburten

Wie reagieren Zwergschweine unter großkalibrigem Geschützdonner? Was empfinden sie bei „Versuchen zur Entwicklung eines kugelsicheren Körperschutzes“, bei denen scharf auf sie geschossen wird? Bei der Bundeswehr-Erprobungsstelle 91 in Meppen geht man solchen Fragen mit Routine nach. Zwischen 1979 und 1984 wurden dabei 262 Zwergschweine „verbraucht“, so die offizielle Formulierung. Militärische Tierversuche dienen, wie das Bundesverteidigungsministerium betont, „zur Diagnose, zur Therapie und zur Entwicklung von Möglichkeiten des Schutzes von Menschen“.

Erst jetzt wurde bekannt, daß in Meppen 1981 Versuche durchgeführt wurden, die Auswirkungen des Lärmes tieffliegender Düsenflugzeuge auf verschiedene Tierarten ermitteln sollten. Der Hintergrund: bei der sprunghaft steigenden Zahl von Protesten und Beschwerden über den militärischen Tiefflug (etwa 50 Briefe treffen auf der Bonner Hardthöhe täglich ein) stammt ein großer Teil von kommerziellen Tierbetrieben, Bauern, Hühner- und Pelztierfarmen, die Schadensersatz fordern.

Das Verteidigungsministerium hat nun Doktoranden des „Institutes für Tierhygiene“ in Hannover gestattet, in Meppen umfangreiche Tierversuche durchzuführen. Inzwischen liegen elf Dissertationen vor, die detailliert beschreiben, wie Rinder, Pferde, Hühner, Nerze, Hunde, Schweine und Mastpusten auf militärischen Tiefflug reagieren. Die eingeschlossenen Tiere wurden nach einem genau festgelegten Plan von unterschiedlichen Flugzeugtypen überflogen: Fiat G-91,



PHANTOM, A-10, STARFIGHTER, und ALPHA-JET, sowie von den Hubschraubern ALOUETTE-2, BO-105 und BELL UH 1D. Den Jet-Piloten wurden bestimmte Geschwindigkeiten vorgegeben, z. B. für die A-10 560 km/h, für PANTOM und ALPHA-JET 780 km/h.

Die Versuchsreihe dauerte drei Wochen. Das lärmintensivste Flugzeug, die PHANTOM F4F, erreichte Spitzenschallpegel bis zu 132 Dezibel, was etwa fünfmal lauter als ein Preßlufthammer ist. Die menschliche Schmerzschwelle liegt bei 130 Dezibel. Die Tiere reagieren durchaus „menschlich“:

- Die sonst übliche Abort-Rate bei trächtigen Kühen von etwa 3% wurde drastisch überschritten; nach Tiefflug erlitten 30% der Tiere Frühgeburten. Bei weiteren Rindern stiegen die Östrogenwerte stark an, die Hormonprofile ließen eine Tendenz zur Fehlgeburt erkennen. Beim Überflug rannten 80% der Kühe in Richtung Weideweite, 20% sprangen direkt auf den Zaun zu.

- Die Hühner litten besonders unter dem Hubschrauberflug. An mehreren Tagen wurde Eierfressen beobachtet, das Eierlegen ging zurück. Bei PHANTOM-Überflügen wurde eine zentrifugale Fluchtbewegung festgestellt, die Tiere kletterten aufeinander: Tieffluglärm ist richtungsmäßig nicht zu bestimmen.

- Die Hunde zeigten eine hohe Frequenz von Konfliktverhaltensweisen, d. h. Zurückzucken und Wegducken in die hinterste Zwingercke sowie erregtes Kreiseln mit Verbellern.

- Bei trächtigen Pferden wurde ein Anstieg der durchschnittlichen Herzfrequenz von 52 auf 173 Schläge registriert, wenn ein Tiefflieger die Weiden beschallte. Intensive Fluchtbewegungen, mit Ausschlagen, Beißen, Schlag- und Beißdrohungen gegenüber Herdenmitgliedern waren ebenso zu beobachten wie regungsloses Verharren, „was bei Berücksichtigung der gemessenen Herzfrequenzen und Corticoidwerte als Zustand höchster Anspannungen zu interpretieren ist“.

- Auch bei den trächtigen Schweinen gibt es PHANTOM-Auswirkungen: die Östrogenwerte stiegen nach tiefem Überflug erheblich an. (Rundbrief Ärzte warnen vor dem Atomkrieg, 10/87)

oben:  
„Phantom“-Düsenjäger im Tiefflug.  
Foto: dpa

Zwei ganze Dörfer in der Nähe des NATO-Flugplatzes Pferdsfeld wurden 1980 umgesiedelt. Der Fluglärm wurde für die Menschen untragbar. Hier ein verlassenes Haus.  
Foto: dpa

## Entschädigung auch für KDVer des 2. Weltkrieges! Ob eine Rehabilitierung daraus wird?

Wer seine Beteiligung an den Angriffskriegen des NS-Regimes von vornherein oder während des 2. Weltkrieges durch Fahnenflucht, Wehrkraftzersetzung oder Kriegsdienstverweigerung ablehnte und deshalb verfolgt worden ist, gehört zur Gruppe jener NS-Opfer, denen erst jetzt Anspruch auf Entschädigung zugestanden worden ist.

Wie die CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages mit Schreiben vom 23.11.87 an den EAK-Bundesvorstand (Evang. Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der KDVer) mitteilt, berücksichtigt die am 4. November 1987 vom Innenausschuß des Bundestages mehrheitlich beschlossene neue Härteregelung für vom nationalsozialistischen Unrecht Betroffene auch den Personenkreis der Kriegsdienstverweigerer. Einzelheiten dieses bemerkenswerten Entschädigungsvorhabens bleiben aber noch zu klären. Z. B.:

- Ob mit dieser Entschädigungszusicherung die geforderte überfällige moralische und gesellschaftliche Rehabilitierung dieser Opfer des NS-Unrechtes zu erreichen sein wird?

- Ob und unter welchen Bedingungen auch Angehörige der wegen Wehrkraftzersetzung, Wehrdienstverweigerung oder Fahnenflucht zum Tode Verurteilten, Hingerichteter oder inzwischen Verstorbener Entschädigung erhalten können?

- Ob die vorgesehene „zentrale Auskunftsstelle“ eine Informationsarbeit zu leisten imstande sein wird, die die Verbitterung der Opfer, vor allem früher bereits abgewiesener Opfer, überwinden kann?

Unklar bleibt des weiteren, warum nicht die von vielen Sachverständigen befürwortete Einrichtung einer regierungsunabhängigen Stiftung „Entschädigung für NS-Unrecht“ (BT-Drucksache 11/223) von den Regierungsparteien aufgegriffen worden ist. Die vorgenommene Berücksichtigung der Kriegsdienstverweigerer im Personenkreis bisher „vergessener“ Opfer des NS-Regimes läßt auf ein ernsthaftes Bemühen um Rehabilitierung hoffen, das einen künftigen „Massenschlaf der Gewissen“ auszuschließen hilft. (EAK)



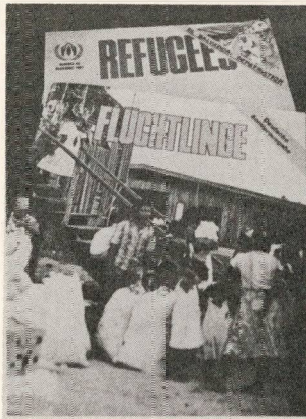


## Zeitschrift „Flüchtlinge“ verbrannt.

Weil sie angeblich unpassende Kritik am bundesdeutschen Asylrecht enthielt, wurde die Januar-Ausgabe der Zeitschrift „Flüchtlinge“ (Aufl. 138 000) in der Genfer Müllverbrennungsanlage verbrannt. Angewiesen hat das Erscheinungsverbot der Herausgeber der Zeitschrift, der UN-Hochkommissar für das Flüchtlingswesen, Jean-Pierre Hocké. Was denn so Schlimmes drin stand, erfährt die Öffentlichkeit also nie. Chefredakteur Parin-gaux hatte das Deutschland-Dossier des Heftes ausdrücklich als „sehr gut“ bezeichnet. Üblicherweise erscheint „Flüchtlinge“ viermal jährlich. Der Bezug ist kostenlos bei: Informationsdienst UNHCR Palais des Nations CH-1211 Genf 10 Schweiz

## Keine Begegnungsstätte in Dachau

Mit den Stimmen von CSU und Parteifreien hat der Dachauer Stadtrat in seiner Sitzung am 13. Oktober die Errichtung einer Internationalen Jugendbegegnungsstätte in Dachau abgelehnt. Wie es in dem verabschiedeten Antrag der Mehrheitsfraktion heißt, überfordere die in einer solchen Einrichtung angestrebte Aufarbeitung deutscher Geschichte „eine so kleine Stadt wie Dachau in psychischer und organisatorischer Hinsicht bei weitem“. Dachau dürfe nicht zum alleinigen Zentrum der Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik Deutschland werden. Der Stadtrat plädiert dagegen für den Bau einer Begegnungsstätte in einer größeren Stadt, die diese „nationale Aufgabe besser zu erfüllen vermag“. Die Stadt Dachau trage seit Kriegsende äußerst



schwer an der Bürde, die ihr durch die Errichtung des ersten Konzentrationslagers auf deutschem Boden aufgeladen worden sei. CSU-Fraktionsführer Manfred Probst stellte klar: mit Zustimmung der CSU werde es die Jugendbegegnungsstätte „weder heute noch morgen noch übermorgen geben“. Vertreter der evangelischen Kirche waren in ersten Stellungnahmen die Entscheidung des Dachauer Stadtrates bedauert. Oberkirchenrat Adolf Sperl vom Landeskirchenrat in München sagte gegenüber dem evangelischen Pressedienst (epd), die Gegner des Projektes hätten der Stadt keinen guten Dienst erwiesen. Der Stadtratsbeschluss könne vielmehr dazu beitragen, daß auf Dachau „ein weiterer Schatten“ falle. Der Münchner Dekan Heimo Liebl zeigte sich enttäuscht darüber, daß eine „große historische Chance“ für Dachau verloren worden sei. Die Argumente der CSU seien teilweise „an den Haaren herbeigezogen“. Das angestrebte Ziel könne nicht aufgegeben werden, „nur weil die CSU in Dachau dagegen ist“. Vielmehr müsse das Projekt nun leider gegen die Stimmen von CSU auf anderen Wegen verwirklicht werden. (epd)

## KDV-Kongreß 1988

Am 14. und 15. Mai 1988 veranstaltet die SOdZDL (Selbstorganisation der Zivildienstleistenden), die Grünen und die DFG/VK (Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner e. V.) in Frankfurt/M. einen KDV-Kongreß. In zahlreichen Arbeitsgruppen soll der Kongreß dem Ziel dienen, die KDV (wieder) zu einem öffentlichen Thema zu machen. Die endgültigen Themen der Arbeitsgruppen standen bis Redaktionsschluß noch nicht fest. Kontakt: DFG/VK, Landesvorstand Hessen Vogelsbergstr. 17 6000 Frankfurt/M. 1



Das Mahnmal im ehemaligen KZ Dachau. Foto: dpa

## Hungerstreik für KDVer in Polen

Neun Mitglieder der verbotenen polnischen Pazifistenbewegung „Freiheit und Frieden“ (WiP) sind am 13.12.87, zum Jahrestag der Einführung des inzwischen wieder aufgehobenen Kriegsrechts, in einen Hungerstreik getreten. Sie wollen die Freilassung von elf KDVer, die inhaftiert sind, durchsetzen. Bereits im Sept. 87 traten 60 Mitglieder von „Freiheit und Frieden“ in einer Jesuitenkirche in einen einwöchigen Hungerstreik für das Recht auf KDVer, die inhaftiert sind, durchsetzen. Während die staatlichen Organe nicht eingriffen, standen die Jesuitenpatres dem Vernehmen nach unter starkem Druck von Seiten der kirchlichen Hierarchie, die nicht wünschte, daß eine solche Aktion innerhalb des Kirchenraumes stattfand. Die Jesuiten lehnten es jedoch ab, die Friedensfaster aus der Kirche zu weisen. (taz, ZDL-Informationen)

## Spanien: Verfassungsgericht bestätigt KDV-Gesetz

Leider ist das keine positive Nachricht. Das Urteil des Verfassungsgerichts von Spanien ist äußerst hart ausgefallen, die Verfassungsbeschwerden der Pazifisten wurden in allen Punkten abgelehnt. Die Gewissensprüfung wird weiterbestehen; die Dauer des zu leistenden Ersatzdienstes wird zwischen 18 und 24 Monate betragen, also bis doppelt so lange wie der Kriegsdienst. Das Verbot, während des Kriegsdienstes zu verweigern wird ebenfalls fortbestehen. Der MOC (Movimiento de Objeción de Conciencia) setzt seine Kampagne zur kollektiven Verweigerung fort, und es muß mit Repressionsmaßnahmen gerechnet werden. Seit 1980 stellt EIRENE (Internationaler christlicher Friedensdienst e. V.) dem MOC Freiwillige zur Verfügung. Dieses Zeichen der Solidarität soll fortgeführt werden. EIRENE sucht deshalb für Juli 1988 eine/n Freiwillige/n zur Mitarbeit beim MOC in Bilbao oder Madrid (Mindestalter 20 Jahre, Grundkenntnisse in Spanisch, Dienst von 1 bis 2 Jahren). Dieser Dienst kann nicht anstelle des Zivildienstes in Deutschland geleistet werden. Anfragen an: EIRENE Engenser Str. 74 b 5450 Neuwied Tel. 0 26 31/2 20 11

# WAS UNSER RECHT BETRIFFT

## Freizeitausgleich für den Dienst an Wochentagen

Da gemäß § 32 Abs. 1 Zivildienstgesetz die Arbeitszeitbestimmungen anzuwenden sind, „die für einen zivilen Beschäftigten am gleichen Arbeitsplatz gelten oder gelten würden“, müssen im Bereich der Kirchen und Wohlfahrtsverbände fast ausschließlich die Bestimmungen des „Bundesangestelltentarifs“ angewendet werden. Insofern sind die Bestimmungen des BAT § 15 Abschnitt 6 zu beachten. Im Gegensatz zu früheren rechtlichen Bewertungen des Bundesamtes für den Zivildienst gilt, – daß ZDLs, die an einem Wochentag im Rahmen ihrer regelmäßigen Arbeitszeit Dienst leisten müssen, für diesen Tag einen entsprechenden Freizeitausgleich erhalten.

„Dies gilt auch, wenn der Wochentag auf einen Sonntag, auf den Ostersonntag oder den Pfingstsonntag fällt.“ Im Blick auf den Freizeitausgleich für den Zivildienstleistenden ist es unerheblich, ob den zivilen Beschäftigten dieser Tag ebenso als Freizeit gewährt wird oder ob sie anstelle von Freizeit eine Bezahlung (von 100 %) erhalten. (vgl. Leitfaden D 3 Ziffer 6) Unberührt davon bleibt die Gewährung der „allgemeinen Dienstbefreiung“ gemäß Leitfaden E 9 zu Weihnachten oder Neujahr und Ostern oder Pfingsten. Dieser Anspruch wird auch durch den Freizeitausgleich für Wochentage nicht reduziert.

Für den im Rahmen der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit liegenden (normalen) Sonntag, der ja kein Wochentag ist, erhält der Zivildienstleistende keinen Freizeitausgleich.

Frankfurt, im Dezember 1987  
Gerhard A. Hoffmann



## FILM

### Die Augen der Vögel

Frankreich/Großbritannien 1983

Spielfilm, Farbe, 76 Min.

Verleih: siehe Schluß

Besprochen von Isolde I. Mozer, Frankfurt

Als einer von zwölfhundert Häftlingen ist ein Komponist im uruguayischen Militärgefängnis „Libertad“ interniert, weil er den Machhabern nicht paßte: „Meine Kompositionen werden beschuldigt, die öffentliche Ordnung zu stören.“ Zynischerweise hat man ihm den Spieltisch eines Klaviers in die Zelle gestellt. Auf diesem Instrument, das keine Töne erzeugen kann, imaginiert der Komponist seine unerwünschte Musik. Und eine der schmerzhaftesten Szenen des Films ist die, in der diese Musik für den Filmzuschauer und -hörer erklingt, während der seiner musikalischen Ausdrucksmittel beraubte Häftling die stummen Tasten niederdrückt.

Die bestialischen Zustände hinter den Gefängnismauern von „Libertad“ drängen an die Weltöffentlichkeit, und nach sechsjährigen, zähen Verhandlungen erhält das Internationale Rote Kreuz die Erlaubnis, dieses Militärgefängnis zu inspizieren – mit der Auflage allerdings, nur die Haftbedingungen, nicht aber die politische Dimension der Inhaftierungen zu überprüfen. Das Gebot der Neutralität und der Nichteinmischung in die machtpolitisch begründete Haftpraxis läßt freilich das Unternehmen zur Wahrung der Menschenwürde zu einer Farce werden, wie der junge und noch idealistische Arzt von der Rot-Kreuz-Delegation verbittert feststellen muß. In den von der Regierung und Anstaltsleitung erlaubten Ge-

sprächen beschwören ihn die Häftlinge, der Weltöffentlichkeit publik zu machen, daß alle progressiven Kräfte des uruguayischen Volkes in dem Militärgefängnis mundtot gemacht werden und daß nur vor diesem Hintergrund das Skandalon der Folterungen anzuprangern sei; der Arzt jedoch, der statt einer Botschafts-Gala lieber die Familien der Gefangenen besuchen will, stößt selbst bei dem Delegationsleiter auf Granit, als er den Mißbrauch der Rot-Kreuz-Mission kritisiert. „Wir informieren die Welt darüber, was wir tun, und nicht, was wir sehen“, wird ihm beschieden. Immerhin erreichen die Vertreter des Roten Kreuzes, daß die Gespräche mit den Häftlingen im Freien stattfinden können, nachdem bekannt geworden ist, daß die vorgeblich anonymen Gespräche in den Räumen der Anstalt abgehört werden. Diejenigen Häftlinge, die unter Zusicherung der Vertraulichkeit ausgepackt und etwa die Namen folternder Offiziere genannt haben, werden gnadenlos bestraft.

Die Anstaltsleitung versucht, die himmelschreienden Zustände zu verbergen oder zu verharmlosen, und so erfährt der Zuschauer mehr als die Delegierten des Roten Kreuzes: Da werden aus dem Schlaf gerissenen Männern Kapuzen über den Kopf gestülpt, sie werden über Gänge geschleift, Treppen hinuntergestürzt, in Lastwagen weggeschafft. Es werden Medikamentenversuche durchgeführt; für nicht erlaubte Gefälligkeiten sollen sich die Häftlinge gegenseitig zusammenschlagen; da werden mit hochmodernen Überwachungsmethoden potentielle Aufwiegler entlarvt, separiert, gefoltert.

Fotos: Matthias Film



Dem Zuschauer tut sich ein Panoptikum des Grauens auf, dessen Wahrnehmung und Beschreibung unsäglich schmerzt. Der Film aber – und das macht seine humane Qualität aus – stellt die Folterungen nicht voyeuristisch dar. Er bricht jeweils da ab, wo die Phantasie genug grausames Material zur Verfügung hat, um sich die zerstörerischen, wohl auch tödlichen, Folgen der militärisch-bürokratischen Interventionen auszumalen.

Und es sind die subtilen Schikanen, mit deren Darstellung der Film anklagt. Wenn etwa das Holzauto eines Inhaftierten, fast ohne Werkzeug zusammengebastelt, von einem Wärter genüßlich zertreten wird; wenn Besucher, die sich der tristen Kleiderordnung nicht beugen, nicht ins Gefängnis eingelassen werden; wenn Kinderzeichnungen keine Vögel darstellen dürfen. Die Tochter eines Häftlings malt deshalb große Punkte in die Bäume auf ihrem Bild: die Augen der Vögel entgehen der Zensur. Solche individuellen Formen des Widerstandes und der internationalen Protest, aufgrund dessen der Komponist aus der Haft entlassen wird, lassen die Hoffnung auf eine Änderung, vielleicht auch Abschaffung inhumaner Systeme berechtigt erscheinen – in welch totalitärem Staat, in welcher Folteranstalt auch immer sie ihr menschenverachtendes Unwesen treiben.

„Die Augen der Vögel“, von der Jury der Evangelischen Filmarbeit zum „Film des Monats Februar 1988“ nominiert, kann bei fast allen Evangelischen Medienzentralen (Anschriß s. Telefonbuch) ausgeliehen werden, oder bei dem nichtkommerziellen Verleiher „Matthias-Film GmbH“, Gänseheidestraße 67, 7000 Stuttgart 1, Telefon 07 11/24 04 10 und 24 05 12. ■

(Anm. d. Red.: Das wär doch mal was für ein ZDL-Gruppen-Treffen!)



## BUCH

### Große Pazifisten

#### von Kant bis Böll

Wider den Krieg. Große Pazifisten von Kant bis Böll. Herausgeber: Christiane Rajewsky, Dieter Riesenberger, Verlag C. H. Beck München 1987, 480 Seiten, 24,80 DM

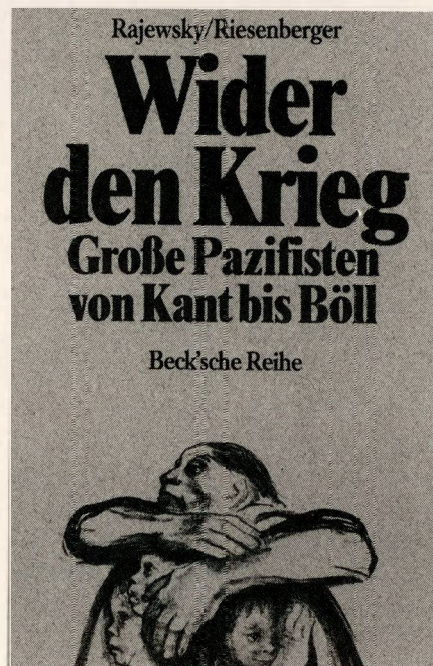
Besprochen von Friedhelm Schneider, Speyer

„Die Friedensbewegung und ihre Gefahren für das deutsche Volk“ lautet der Titel einer Broschüre, die im Frühjahr 1914 (!) weite Verbreitung fand. Wer beharrlich daran festhält, daß friedliche Zustände nur mit friedlichen Mitteln zu erreichen sind, wird nicht erst heute zum Gegenstand von Kritik und Auseinandersetzungen. 38 Männer und Frauen, die diese Erfahrung immer wieder auf sich genommen und zahlreiche Konflikte um den Frieden durchgestanden haben, stehen im Mittelpunkt des Bandes „Wider den Krieg. Große Pazifisten von Kant bis Böll“ (hrsg. von Christiane Rajewsky und Dieter Riesenberger, München 1987). Da werden friedensbewegte Philosophen, Theologen, Schriftsteller, Künstler, Naturwissenschaftler, Politiker vorgestellt. Neben Klassikern der Gewaltfreiheit (wie Gandhi, Martin Luther King, Albert Schweitzer) gewinnen Namen Gestalt, die heute zu Unrecht vergessen sind: Wer kennt noch Elihu Burritt, der in Amerika und Europa um 1850 enorme Auflagen pazifistischer Flugblätter als Zeitungsbeilagen in Umlauf brachte? Spannend liest sich der Widerstand des damals bekannten Herzspezialisten Georg Friedrich Nicolai gegen seine Einbeziehung in das militärische Lazarettwesen (1916!). Beeindruckend wirkt der demonstrative Boykott staatlich verordneter Luftschutzübungen durch Dorothy Day und die amerikanischen Catholic Workers (1955 – 61). Diese und viele andere faszinierende Einzelereignisse, Gedanken und Biographien werden im Nachwort der Herausgeber kenntnisreich in die Geschichte des Pazifismus vor und nach 1933 eingeordnet.

### Denkanstöße 1846 – 1986

Statt einer Besprechung von Einzelbeiträgen gebe ich im folgenden eine Reihe von Kurzzitaten wieder, die im Zusammenhang nachzulesen sich lohnt (auf wen diese Wortmeldungen zurückgehen, ist den Anmerkungen zu entnehmen):

„In dem Glauben, daß jeder Krieg unvereinbar mit dem christlichen Geist und verderblich für die besten Interessen der Menschheit ist, gelobe ich hiermit, niemals einer Armee ... beizutre-



ten, noch freiwillig die Vorbereitung oder Durchführung irgendeines Krieges zu unterstützen oder gutzuheißen, von wem auch immer und für was auch immer er vorgeschlagen, erklärt oder geführt wird.“ (1)

Deutschland steht vor der Alternative, „Kriegsschauplatz Europas“ oder „Zentrum des Friedensgedankens“ zu werden. (2)

„Wünsche Glück zu Radikalisierung des Pazifismus. Nur Militärdienst-Verweigerung kann Erfolg bringen.“ (3)

„In Anbetracht des an Schulen vermittelten Wissens ist die Arbeit des Pazifismus vergeblich.“ (4)

„Der Krieg läßt sich nicht humanisieren, nur abschaffen.“ (5)

„Wo es sich um Atomwaffen handelt, kann kein Volk zu seinem Gegner sagen: 'Nun sollen die Waffen entscheiden', sondern nur: 'Nun wollen wir miteinander Selbstmord begehen, indem wir uns gegenseitig vernichten'.“ (6)

„Glauben Sie mir, wenn ich vor dem Problem stünde, würde ich den Kriegs-

dienst aus Gewissensgründen verweigern. Ich würde nicht einmal als Militärgelöbnis dienen.“ (7)

„Abrüstung ist ein gemeinsamer Hilferuf von denkenden Menschen in allen Ländern der Erde.“ (8)

(1) Gelöbnis der Ligue of Universal Brotherhood, bis 1850 von 50000 Engländern und Amerikanern unterzeichnet

(2) Friedrich Wilhelm Foerster, deutscher Pädagoge und Philosoph, 1920 (!)

(3) Albert Einstein, Grußtelegramm an Friedensdemonstration, 1931

(4) Bertrand Russell, englischer Philosoph, 1932

(5) Albert Einstein 1932

(6) Albert Schweitzer 1958

(7) Martin Luther King

(8) Alva Myrdal, schwedische Politikerin

Vielleicht regen diese „Lesefrüchte“ an, den ein oder anderen Artikel insgesamt nachzulesen. „Wider den Krieg“ liefert eine wichtige Gedächtnisstütze für die Einsicht: Die entscheidenden Aufgaben, an denen Pazifisten über 200 Jahre gearbeitet haben, sind dringlich und aktuell geblieben. ■

### „Bunker und Valium“

Von Till Bastian

C. H. Beck Verlag 1986, 106 S., 12,80 DM.

Besprochen von Claudius Fehlandt, Hannover

In diesem Buch sind fast alle Argumente gegen die Ideologie des „Zivilschutzes“ zusammengefaßt. Es gibt einen solchen Schutz nicht, denn Schutzräume gibt es nur für einen Bruchteil der Bevölkerung, und bei Übungen haben nur die wenigsten funktioniert. Medizinische Hilfe wird es fast nur für die Personen geben, die sofort wieder als Soldaten eingesetzt werden können. Für die übrigen sind heute schon Hunderttausende von Ampullen Psychopharmaka zum Ruhigstellen eingelagert. Bastians Kernthese ist: Wer den Zivilschutz plant, plant den Atomkrieg, denn in dessen Kopf wird ein solcher Krieg als durchführbar angesehen. Solche Planungen und die dazugehörigen Übungen erzeugen die Illusion, es gebe tatsächlich eine effektive Schutzmöglichkeit. Bastian, der selbst Arzt und Mitglied der „Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs“ ist, zeigt auch, wie die militärische Planung den Zivilschutz für ihre Zwecke vereinnahmt. Denn nur wenn der einzelne Soldat seine Familie in Sicherheit weiß, wird er bereit sein zu kämpfen. Was – außer verseuchter Erde – er verteidigen soll, steht auf einem anderen Blatt.

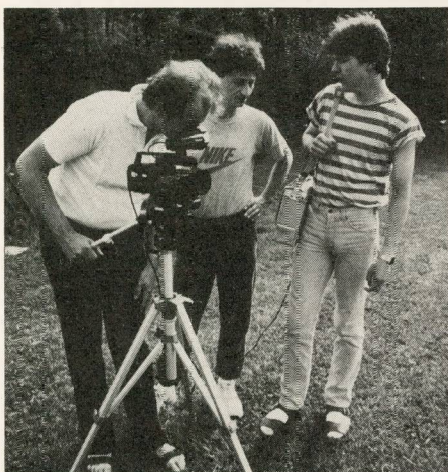
Man glaubt kaum, was man in diesem schmalen Bändchen liest, und doch zeigen viele in Faksimile gedruckte Dokumente, daß es sich bei dem Dargestellten um bundesdeutsche Wirklichkeit handelt. ■



Plakat „Nie wieder Krieg“, 1924 K. Kollwitz



# RÜSTZEITEN/WERKWOCHEN



Momentaufnahmen von Rüstzeiten 1987



**Bitte beachten: Evangelische ZDLs erhalten wub, die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge, für die Dauer ihrer Zivildienstzeit ohne besondere Anforderung zugesickt. Die Abo-Kosten werden von der Evang. Kirche übernommen. Alle anderen Interessenten bitte für Abos diesen Abschnitt verwenden.**

Hiermit bestelle ich wub bis auf Widerruf. Ein Jahres-Abonnement kostet DM 10,- (4 Hefte einschließlich Versand). Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung für das laufende Kalenderjahr.

(Name, Vorname)

(Straße, Hausnummer)

(PLZ, Ort)

(Datum, Unterschrift)

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 8 Tagen schriftlich beim wub-Vertrieb (Adresse s. unten) widerrufen. Zur Wahrung dieser Frist genügt die rechtzeitige Absendung meines Widerrufs (Datum des Poststempels).

(Datum, 2. Unterschrift)

Bitte ausschneiden und senden an:  
Büro Pfarrer Helmut Schlüter  
Vertrieb „was uns betrifft“  
Kartäusergasse 9 · 5000 Köln 1

sind ein Angebot der kirchlichen Beauftragten an Zivildienstleistende und interessierte Gäste. Sie werden von den Teilnehmern gestaltet und sollen das Gespräch und gemeinsames Handeln fördern. Für Rüstzeiten und Werkwochen kann Sonderurlaub nach Leitfaden E 5 in Anspruch genommen werden. Die Fahrtkosten zwischen Dienststelle und Tagungsort werden Zivildienstleistenden bis zu 200 km (einfache Strecke) erstattet.

## Baden

- 18.04. - 22.04.1988 Ludwigshafen: Leiden - Sterben - Tod  
16.05. - 20.05.1988 Ludwigshafen: Krieg und Frieden in der bildenden Kunst  
15.06. - 19.06.1988 Bückeburg und Minden: Ohne Waffen - aber nicht wehrlos! Vorbereitung und Teilnahme am Bundeskongreß „Wege zur sozialen Verteidigung“  
**Anmeldeformulare:** Beauftragter für ZDL und KDV, Kurt Kern / Theodor Ziegler, Postfach 2269, 7500 Karlsruhe 1, Telefon (07 21) 16 83 33

## Bayern

- 2.05. - 6.05.1988 Schliersee-Josefstal: „Mit Sterbenden leben“  
16.05. - 20.05.1988 Weihermühle bei Kulmbach: „W 15 - ZDL“  
6.06. - 10.06.1988 Neukirchen-Lautertal: „Aids - (Homo-)Sexualität und Menschlichkeit“  
**Anmeldeformulare:** Wolfgang Langenbach, Gudrunstr. 33, 8500 Nürnberg 40, Telefon (09 11) 43 04 238

## Braunschweig

- 30.05. - 3.06.1988 Wustrow: „Gewaltfreier Widerstand und soziale Verteidigung“  
**Anmeldeformulare:** Beratungsstelle für KDV + ZDL, Husarenstr. 71, 3300 Braunschweig, Telefon (05 31) 7 63 57

## Hessen-Nassau

- 2.05. - 6.05.1988 Höchst/Odenwald: Umgang mit Kranken und Sterbenden  
6.06. - 10.06.1988 Höchst/Odenwald: Spielen und arbeiten mit Dias  
**Anmeldeformulare:** Reinhard Becker, Kiesstraße 18, 6100 Darmstadt, Telefon (0 61 51) 4 40 88

## Kurhessen-Waldeck

- 11.04. - 16.04.1988 Königstein: „Pilgerweg zur ökumenischen Versammlung“  
18.04. - 22.04.1988 Bad Soden Allendorf: „Musik machen - Gemeinschaft leben - (Gitarre)“  
**Anmeldeformulare:** Arbeitsstelle KDV + ZDL, Hugo-Preuß-Str. 2, 3500 Kassel, Telefon (05 61) 3 50 97

## Niedersachsen

- 18.04. - 22.04.1988 Bückeburg: „Spielräume - Konfliktlösungen im persönlichen und politischen Alltag“  
25.04. - 29.04.1988 Bentierode: „Unser täglich Brot gib uns heute“ - Unser Brot - anderer Not?  
16.05. - 21.05.1988 Spiekerooog: „Spielräume - Konfliktlösungen im Kleinen und Großen“  
30.05. - 3.06.1988 Bückeburg: „Mahatma Gandhi - Ein Leben aus der Gewaltfreiheit“  
30.05. - 4.06.1988 Spiekerooog: „Begegnungen mit Alter, Krankheit und Sterben“  
**Anmeldeformulare:** Günther Reinboth, Archivstraße 3, 3000 Hannover 1, Telefon (05 11) 12 41-468/469

## Nordelbien

- 2.05. - 6.05.1988 Plön: „Mit Konflikten in Frieden leben“ oder: Nur wer am Abgrund steht, weiß auch, was Rettung ist.  
30.05. - 3.06.1988 Plön: Vorurteile, Feindbilder - jeder hat sie, wozu brauchen wir sie?  
**Anmeldeformulare:** Dietrich Frahm, Hirschgraben 25, 2000 Hamburg 76, Telefon (0 40) 25 88 81

## Nordwestdeutschland

- 25.04. - 29.04.1988 Kloster Frenswegen: „Verantwortung angesichts der Umweltkrise“  
**Anmeldeformulare:** Pastor Hermann Schäfer, Taunusstr. 27, 4460 Norhorn, Telefon (0 59 21) 1 47 59

## Rheinland

- 18.04. - 22.04.1988 Niederhorbach: „Gewaltfreiheit und Kommunikation“  
16.05. - 20.05.1988 Sohlingen-Ohligs: „Meditation als Lebenshilfe“  
6.06. - 10.06.1988 Eifel: „Wanderung: Mit dem Rucksack durch die Eifel“  
**Anmeldeformulare:** Pfarrer Helmut Schlüter, Kartäusergasse 9, 5000 Köln 1, Telefon (02 21) 32 24 00 (vorm.)

## Westfalen

- 11.04. - 15.04.1988 Haus Villigst: Christen auf dem Weg zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung  
2.05. - 6.05.1988 Haus Villigst: Neo-Nazis unter uns?  
**Anmeldeformulare:** Beauftragter der EKvW für KDV und ZDL, Forstweg 2, 5840 Schwerte 5, Telefon (0 23 04) 75 52 30

## Württemberg

- 25.04. - 29.04.1988 Münsingen: Konfliktlösungen im Großen und Kleinen  
6.06. - 10.06.1988 Radfahrt in Württemberg zu Stätten der NS-Gewaltherrschaft  
**Anmeldeformulare:** Pfarramt für KDV und ZDL, Rosenbergstraße 45, 7000 Stuttgart 1, Telefon (07 11) 62 81 49

Fotos: Angelika Emmerling ▶



Mit fremden Augen ...

Urteile nicht über einen anderen, ehe du nicht zwei Wochen in seinen Mokassins gegangen bist (indian. Sprichwort). In jemandes Schuhe stecken – auch bei uns sprichwörtlich. Fremdes wahrnehmen. Und so auch mit fremden Augen sehen. Aufgabe, die nie endet. Ich war selber fremd in Deutschland. Obwohl hier geboren und aufgewachsen – wie viele Ausländerkinder bei uns heute. Als meine Eltern 1939 heirateten, stand im



Stammbuch beim Vater „deutschblütig“, bei der Mutter „artverwandt“.

Wir kennen die Folgen dieser Kategorisierung. Für Millionen waren sie tödlich. Und heute: „Mit fremden Augen sehen“. Der Türke K. Ören schreibt in einem Gedicht: „Sieh hinaus: nicht die Landschaft ist eng, sondern der Blickwinkel verengt die Landschaft. Wird sich der Blickwinkel verändern, wenn wir mit fremden Augen sehen? „Fremd“, das hieß ursprünglich „entfernt“. Fremde Augen, Augen, die aus der Entfernung wahrnehmen. Aus anderem Blickwinkel. Augen, die mich sehen, mich ansehen, mich wahrnehmen. Welche Wahrheit nehmen sie von mir? Gehe ich den Blick zurück? Stutze, fange ein Gespräch an – und sei es mit

Händen und Füßen (aha, die Mokassins!)? Oder gehe ich vorbei? Fremde Augen sehen nach mir und fragen. Fragen so, wie mich dieses Gedicht von Christa Reinig fragt: „Gott ruft Kain / Als Gott mich suchte, traf er mich nicht auf dem Acker / als Gott mich suchte, traf er mich beim Zeitunglesen / er kam ganz schwarz, es war ein Koldenpacker / er sprach: Was ist mit



Abel gestern losgewesen / ich sagte: Ich hab

nichts gelesen / er sprach: Der Mensch liest nicht von Zeitung und von Essen / ich sagte: Sondern vom Vergessen / er sprach: Was glaubst Du, hast du ein ewiges Gesicht / ich sagte: Manchmal glaube ich, manchmal nicht / er sprach: Und weiß von nichts und hörtest keinen Schrei / ich sagte: Ich hörte wohl, ich ging vorbei.“ Die fremden Augen, es sind die Augen meines Bruders! Und weil ich aus der christlichen Tradition komme und daraus lebe, denke ich gerade hier an den, der vom Sehen oder Nichtsehen des anderen soviel abhängig machte, daß er sich selber mit dem anderen identifizierte. Mit Hungrigem, Durstigem, Fremdem, Nacktem, Gefangenem und Krankem (Matth. 25). Voraussetzung dafür ist, daß Gott uns mit anderen Augen anschaut. Mit menschlichen Augen, den Augen der Liebe.

So kann er uns Verantwortung zumuten. Die fängt dort an, wo wir sehen lernen: Not, Traurigkeit, Diskriminierung, Unsicherheit, Heimweh und Sprachlosigkeit. Wer den anderen sieht, sagt Jesus, nimmt Gott wahr, sieht Gott in diese Welt hinein.



Zum Autor:

Wilhelm Philippi, geb. 1939 in Köln, ist als Kind zweisprachig aufgewachsen (deutsch, griechisch) und ab 1953 dreisprachig (türkisch). Abitur in der Türkei. Danach Theologiestudium in Marburg. Seit 1983 ist er Dekan des Kirchenkreises Kassel-Land und Ausländerbeauftragter der Landeskirche Kurhessen-Waldeck.



wub

was uns betrifft

ART

## Marc Chagall »Der Krieg«



Reproduktion mit freundlicher Genehmigung des Verlages entnommen aus:  
François le Targat, »Chagall«, Verlag Aurel Bongers, Recklinghausen, 1985.

Im vergangenen Jahr hätte der Maler Marc Chagall seinen 100. Geburtstag gefeiert. 1887 wurde er in Witebsk, nahe der Litauischen Grenze in bescheidenen Verhältnissen geboren und wuchs in der Tradition und Frömmigkeit des osteuropäischen Judentums auf. Wegen des jüdischen Bilderverbots („Du sollst Dir kein Bildnis noch Gleichnis machen...“ 2. Mose 20,4) hatte er bis zu seinem 19. Geburtstag kein Bild gesehen. Später, während seines Kunststudiums, führte er ein Leben in Armut: Zeitweise teilte er mit einem Sackträger sein Bett.

Einige Lebensdaten, die für Kriegsdienstverweigerer von Interesse sind: Der Direktor der Kunstakademie Petersburg erwirkte im 1. Weltkrieg seine Zurückstellung vom Militärdienst. Er arbeitete seinen „Zivildienst“ im Amt für Kriegswirtschaft ab. Nach dem 1. Weltkrieg erteilte er Zeichenunterricht für Kriegswaisen. 1933 wurden einige seiner Kunstwerke in Mannheim durch die Nationalsozialisten öffentlich verbrannt. Während des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion (1941) flüchtete er von Frankreich aus nach New York. 1943 malte er in großer Verzweiflung über den 2. Weltkrieg die Bilder „Besessenheit“, die „Gelbe Kreuzigung“ und „Der Krieg“.

Sollte je einmal - nach der Abschaffung des Krieges - in Verdun oder Stalingrad, Hiroshima oder Nagasaki eine „Galerie des Friedens“ eröffnet werden, mit Bildern von Künstlern, die gegen den Krieg anmalten, als Mahnmal für die Nachgeborenen, so müßte eines der Bilder, die dort dann aufgehängt werden, Chagalls Gemälde „Der Krieg“ sein. 1943 entstanden, hängt es zur Zeit im Kunsthaus in Zürich. Wir sehen eine weiße, kalte Schneelandschaft, Winter des Lebens, Leid, Trauer und Tod, wo man hinsieht; Erschlagene, beweint und unbeweint; stummes Entsetzen; das brennende Witebsk, die Heimat seiner Kindheit in Flammen. Im Anklang an mittelalterliche Bilder steigen nackte Seelen zum Himmel auf. Flucht, Vertreibung, Elend, Sinnlosigkeit. Der Blick wird angezogen durch ein weißes Tier. Ist es ein Pferd, ein Esel, ein Ziegenbock? Mit Absicht vielleicht mehrdeutig? Das Pferd ist im seelischen Haushalt der Menschheit das Symbol des Krieges. In Träumen stehen wilde Pferde für unkontrollierbare Triebe, die aus dem Unterbewußten hervorbrennen, und im Alten Testament ist das Pferd Symbol für rohe Gewalt, Militarismus und Krieg. In vielen Gemälden verkörpern Pferde die wilde Destruktivität militärischer Gewalt (vgl. Dürers „Apokalyptische Reiter“).

Vielleicht nimmt Marc Chagall dieses alte Schreckenssymbol, um den Krieg zu versinnbildlichen. Wir sehen keine Soldaten auf unserem Bild. Es ist ganz von den Erfahrungen der Opfer her gemalt.

Im rechten Hintergrund eine Kreuzigungsdarstellung. Chagall, der in Frankreich von Christen vor den Nazis versteckt wurde, gedenkt dieser Freunde, indem er ein christliches Symbol für das Leiden, für ungerechtes Leiden, das Menschen einander zufügen, verwendet. Ein Symbol, das hinweist darauf, wie Christus Gewalt durch Leiden überwand. Und in dieses Meer der Tränen und des Grauens malt der Künstler eine Urszene des Vertrauens: Eine Mutter drückt ihr Kind warm tröstend und liebevoll an sich. In der Todeskälte des Krieges eine Urform liebevoller Zuwendung, Ausdruck einer kleinen Hoffnung: „Die Liebe ist stärker als der Tod“.

Harald Wagner